

Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 2/18. Jg.

Mitteilungsblatt

Mai 2012

Zu diesem Heft:

Dieses Heft enthält vor allem Materialien unserer am 31. März d. J. stattgefundenen Konferenz zum Thema "Hätte die faschistische Diktatur in Deutschland verhindert werden können?" - die Vorträge von Heinz Karl und Ulrich Schneider und den Diskussionsbeitrag von Kurt Laser. Mit dieser Konferenz näherten wir uns einer Problematik, die im kommenden Jahr sowohl in der historischen Reflexion als auch in ihren Bezügen zu alarmierenden aktuellen Entwicklungen in Deutschland und Europa erhebliches öffentliches Interesse finden dürfte. Es geht um die faschistische Diktatur der deutschen imperialistischen Bourgeoisie von 1933 bis 1945, die so verheerend wie keine andere Katastrophe der deutschen Geschichte in diese und darüber hinaus in die europäische und Weltgeschichte eingriff und deren Folgen bis heute zu spüren sind.

Dass diese historischen Vorbelastungen eine Dynamik in Gang gesetzt haben, die vor allem in den Fragen von Krieg und Frieden kulminiert und ohne grundlegende gesellschaftliche Veränderungen offenbar nicht mehr beherrschbar ist, macht auch ein Beitrag von Hans-Werner Deim zu militärpolitischen Problemen und Perspektiven aus der Reihe unserer Berliner Donnerstag-Veranstaltungen deutlich. Der zentralen Stellung der Friedensfrage im Kampf um den gesellschaftlichen Fortschritt werden wir auch mit unserer Konferenz "Sozialisten im Kampf um den Frieden. (100 Jahre nach dem Internationalen Sozialisten-Kongress in Basel 1912)" Rechnung tragen (S. 35).

Ferner enthält dieses Heft die Einladung zur Konferenz "Sozialismus in Deutschland? 60 Jahre nach der 2. Parteikonferenz der SED. Erfahrungen und Lehren" am 9. Juni d. J. in Berlin (S. 36).

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Prof. Dr. sc. Heinz Karl Faschisierung und antifaschistischer Abwehrkampf	S. 3
Dr. Ulrich Schneider Antifaschismus heute. Aktualität historischer Kampferfahrungen	S. 17
Dr. Kurt Laser Gedanken zum Thema	S. 25
Generalmajor a. D. Hans-Werner Deim Militärpolitische Akzente des Kalten Krieges und sein deutscher Schauplatz	S. 29
Einladung zur Konferenz "Sozialisten im Kampf um den Frieden. (100 Jahre nach dem Internationalen Sozialisten-Kongress in Basel 1912)" am 29. September 2012 in Berlin	S. 35
Einladung zur Konferenz "Sozialismus in Deutschland? 60 Jahre nach der 2. Parteikonferenz der SED. Erfahrungen und Lehren" am 9. Juni 2012 in Berlin	S. 36

Impressum: Die Geschichtskorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt - in der Regel per E-Mail.
E-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de
Neue Interessenten teilen bitte ihre E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen mit.
Interessenten ohne E-Mail-Adresse sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion.
Die Geschichtskorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Juli 2012.

Prof. Dr. sc. Heinz Karl

Faschisierung und antifaschistischer Abwehrkampf

Wir nähern uns dem Zeitpunkt, an dem vor acht Jahrzehnten die größte Katastrophe der deutschen Geschichte, ihre finsterste und schmachvollste Periode ihren Anfang nahm. Für mehr als zwölf Jahre wurden alle Potenzen des deutschen Volkes in den Dienst einer Politik gestellt, die nicht nur rücksichtsloser Raubbau an den Lebenskräften dieses Volkes war, sondern die Lebensinteressen der meisten Völker Europas unter ihren Stiefel trat, sie mit Krieg und Terror überzog, ihnen unermessliche Opfer auferlegte und zum Teil ihre nationale Existenz in Frage stellte.

Die gesellschaftlichen Kräfte, die das bewirkten, die Initiatoren, Akteure und Nutznießer dieser Politik - vor allem das große Kapital mit seiner grenzenlosen Profitgier, seinem Expansionsstreben und seinem Herrschaftsanspruch im Innern - aber sind nach wie vor da. Heute allerdings ungleich mächtiger, organisierter, international einflussreicher und aktiver als vor 80 Jahren. Daher ist die Frage nach Wesen und Ursachen dieser Entwicklungen und nach der Verantwortung für sie unverändert aktuell.

Und dies heute zunehmend, sieht man den gespenstisch anmutenden, aber leider sehr realen Aufmarsch von Neonazis und militanten Rechtskonservativen aller Couleur - und hält sich dabei vor Augen, dass die größte, die *eigentliche* Gefahr nicht das vordergründige Agieren dieser Kräfte ist, sondern die in den Tiefen der Gesellschaft vor sich gehenden Prozesse, die solche Phänomene zu Tage fördern. Insbesondere wenn ein Zufall wie das Auffliegen einer neonazistischen Terrorgruppe sich als quasi Betriebsunfall des sogenannten Verfassungsschutzes erweist und nicht nur dieser Fakt, sondern viel mehr noch der *offizielle Umgang* mit ihm zeigen, wie tief wesentliche Teile des Staatsapparates der BRD in derartige Umtriebe verstrickt sind, dass sie *Teil des Problems*, dass sie *ein Faktor* dieser beunruhigenden und gefährlichen Entwicklungen sind.

Angesichts der politischen, geistigen und moralischen Brisanz des vor 80 Jahren vollzogenen tiefen geschichtlichen Einschnitts, der bis in unsere Tage und noch in die Zukunft wirkt, ist es verständlich, dass Politiker und Ideologen ein ganzes Netz irreführender, demagogischer Erklärungsmuster für diese verhängnisvollen Vorgänge strickten und die bürgerlichen Medien sie verbreiten.

Seit vielen Jahrzehnten am massenwirksamsten, tief ins bundesdeutsche Alltagsbewusstsein eingefressen ist dabei die Interpretation der Ereignisse von 1933 als "nationalsozialistische Machtergreifung". Ihre Urheber sind Hitler und die Nazis selbst mit der Behauptung, sie würden die "nationale" bzw. "nationalsozialistische Revolution" vollbringen. In der Nazizeit wurde der 30. Januar alljährlich als "Tag der Machtergreifung" begangen. Diese Nazilegende erfüllte einen doppelten Zweck: *zum einen*, sich gegenüber den eigenen Anhängern als "revolutionär" zu legitimieren, *zum anderen*, die dem entgegenstehende peinliche Realität zu vernebeln. Sie entsprach auch den Intentionen der großkapitalistischen und großagrarischen Förderer des Nazifaschismus, die rigorose Durchsetzung ihrer politischen und ökonomischen Interessen zu verschleiern. Diese von allen bürgerlichen Interpreten willig übernommene und immer aufs neue kolportierte Nazilegende basiert wesentlich auf der Ausblendung der realen Zusammenhänge und der Genesis der faschistischen Diktatur.

Zum Faschisierungsprozess

Auch heute begegnet man mitunter noch der Vorstellung, die faschistische Gefahr wäre eine Folge der Weltwirtschaftskrise von 1929 - 1932 gewesen; bei anhaltender Konjunktur wäre sie nicht aufgekommen. Dem ist nicht so. Die ersten Schritte in dieser Richtung wurden lange vor Einbruch der Krise getan. Sie entsprangen dem Erstarren des deutschen Kapitals in der Konjunkturperiode Mitte der 20er Jahre, das eine verstärkte Expansion, größere Anstrengungen zur Zurückdrängung seiner Konkurrenten und forcierte Revanchebestrebungen und Aufrüstung zur Folge hatten. Zu deren Absicherung verlangte die Monopolbourgeoisie eine Einschränkung der parlamentarischen Demokratie. Bereits im November/Dezember 1927 forderten die Unternehmerverbände von der Regierung, "den Kampf mit der Masse und mit dem Reichstage" aufzunehmen und antidemokratische Veränderungen zu vollziehen, die "eine sehr einschneidende

Verfassungsänderung"¹ bedeuten würden. Im April/Mai 1929 berieten der politische Kopf der Reichswehr, General v. Schleicher, und führende Industrielle und Finanziere darüber, wie man einen sozial-, finanz- und innenpolitisch schärferen Regierungskurs durchsetzen und die Regierung entsprechend verändern könnte.

Im September und Dezember 1929 forderte der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) - Vorläufer des BDI - einschneidende sozialreaktionäre Maßnahmen und erklärte offen, dass dies unter einem parlamentarischen Regime nicht durchführbar sei und deshalb auf die Ausschaltung des Reichstages Kurs genommen werden soll. Es wurde die Forderung nach "einer festen und beständigen Regierung, die durchzugreifen ernsthaft gewillt ist" und nach einem Ermächtigungsgesetz erhoben und verlangt, "durch Verordnungen den Zustand zu schaffen, den die fehlende Gesetzgebung uns nicht schaffen kann"².

Seit dem Frühjahr 1929 durch Kreise des Finanzkapitals und der Reichswehrführung vorbereitet, wurde im März 1930 der sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller gestürzt und die SPD von ihren bürgerlichen Koalitionspartnern aus der Regierung verdrängt. Mit dem katholischen Zentrums-Politiker Brüning an der Spitze wird ein vom Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall v. Hindenburg, eingesetztes Präsidialkabinett gebildet, das zunehmend - und bald überwiegend - mittels präsidialer Notverordnungen (statt parlamentarischer Gesetze) regiert, das parlamentarische Regierungssystem schrittweise abbaut³ und rigoros die demokratischen Rechte und Freiheiten einschränkt. *Damit wurde der erste, grundlegende Schritt auf dem Wege in die faschistische Diktatur getan.* Von nun an amtieren ausschließlich Präsidialkabinette. Die Parteien werden durch Drohungen mit der Auflösung und Neuwahl des Reichstages unter Druck gesetzt. Regie bei diesen Vorgängen führte General v. Schleicher. Fortan spricht bei allen Regierungsbildungen, -umbildungen und -entlassungen die hinter den Kulissen agierende Reichswehrführung das entscheidende Wort.

Zugleich vollzog sich eine gefährliche Umschichtung im bürgerlichen Parteiensystem und seiner Wählerbasis. Begünstigt durch die sich seit 1929 entwickelnde Wirtschaftskrise mit ihren sozialen Verwerfungen, die Abwälzung der Krisenlasten auf die Massen und das dadurch schwindende Ansehen der bisher dominierenden bürgerlichen Parteien, gelang es der - 1928 noch marginalen - offen faschistischen Nazi-Partei Hitlers, bei der Reichstagswahl im September 1930 *auf Kosten der anderen bürgerlichen Parteien* zur zweitstärksten Partei nach der SPD und zur wählerstärksten *bürgerlichen* Partei zu werden, während die anderen bürgerlichen Parteien erhebliche Einbußen erlitten oder in die Bedeutungslosigkeit versanken. Ihr Wahlerfolg zeigte, dass sie besser als ihre bürgerlichen Konkurrenten breite Massen durch nationalistische Hetze und soziale Demagogie für eine extrem reaktionäre Politik zu mobilisieren und von den anderen *bürgerlichen* Parteien enttäuschte Wähler aufzufangen verstand.

Bereits am 6. Oktober traf Brüning sich insgeheim mit Hitler und bot ihm eine Zusammenarbeit einschließlich Regierungskoalitionen an; außerdem wünschte er sich von Hitler eine lautstarke Opposition vor allem in außenpolitischen Fragen, um französische und englische Zugeständnisse zu erpressen.⁴ In der Folgezeit betrieb er, immer bestärkt durch die Reichswehrführung, die baldmöglichste Einbeziehung der Nazis in die Regierung.⁵

Die SPD "tolerierte" Brüning als "kleineres Übel", was eine Grundbedingung seines Wirkens und damit für die weitere Rechtsentwicklung war. Sie half ihm, im Reichstag seine Vorlagen durchzubringen (z. B. im März 1931 - bei einer zeitweiligen SPD/KPD-Mehrheit! - die Bewilligungen für den Panzerkreuzerbau) und stimmte Misstrauensanträge gegen Brüning nieder. Ende 1931 eröffnete Brüning den führenden SPD-Politikern Otto Braun, Carl Severing und Rudolf Hilferding, dass er eine Einigung mit der Nazi-Partei und den Deutschnationalen und die Bildung einer Rechtsregierung anstrebe, aber weiterhin mit ihrer Unterstützung rechne - was die SPD-Vertreter ihm auch zusagten.⁶ Am 7. Januar 1932 erlangte Brüning in einer Unterredung mit dem SPD-Vorsitzenden Otto Wels und den Parteivorstandsmitgliedern Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding die Zusicherung, dass die SPD bereit sei, gemeinsam mit allen bürgerlichen Parteien einschließlich der Nazis eine Amtsverlängerung Hindenburgs durch Parlamentsbeschluss herbeizuführen, und dass sie *ihre* Entscheidung erst publik machen würde, *nachdem die Nazis* sich erklärt hätten, um deren Anhänger nicht zu irritieren. Und dies alles, obwohl Brüning ihnen offen sagte, dass dies wahrscheinlich einen innenpolitischen Rechtsruck zur Folge haben würde.⁷ Das Vorhaben wurde nicht realisiert, weil die Nazis es sich schließlich doch anders überlegten. Am 1. Februar 1932 informierte Brüning Hilferding darüber, dass er

mit dem Ex-Kronprinzen als Vertreter des Hauses Hohenzollern die Restauration der Monarchie (also die Beseitigung der Weimarer Republik!) erörtere.⁸

Als durch die - von der SPD sichergestellte - Wiederwahl Hindenburgs die Positionen der bürgerlich-junkerlichen Reaktion, insbesondere auch des Militärs, gestärkt und sowohl die Präsidentenwahlen als auch die Landtagswahlen im April 1932 im bürgerlichen Parteienspektrum eine zunehmende Konzentration auf die Nazis gezeigt hatten, erachteten namentlich Schleicher und die Reichswehrführung und ebenso Teile des Finanzkapitals wie die IG Farben es als möglich, auf die Tolerierung durch die SPD zu verzichten, Nazis und Deutschnationale in die Regierung einzubeziehen und dadurch den Faschisierungskurs wesentlich zu forcieren. Brüning, der nach wie vor Wert auf eine Tolerierung durch die SPD (und damit auch durch die Freien Gewerkschaften) legte, wurde fallengelassen und durch den von der Reichswehrführung lancierten Freiherrn v. Papen ersetzt. Sein "Kabinetts der Barone" bestand nicht nur mehrheitlich aus Monarchisten; es wurde auch zur Hälfte von Hitler übernommen; die Mehrzahl dieser Minister war bis 1945 im Amt, zwei - Papen selbst und Freiherr v. Neurath - saßen in Nürnberg 1946 auf der Anklagebank.

Papen versuchte, die Nazis für den Eintritt in seine Regierung zu gewinnen, und traf wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen, die darauf hinausliefen, das gewerkschaftliche Tarifrecht zu zerschlagen. Papens wichtigste Tat war es, am 20. Juli 1932 durch einen militärisch abgesicherten Staatsstreich die sozialdemokratisch geführte Regierung Preußens abzusetzen und dort selbst die Regierungsgewalt zu übernehmen. Damit unterstellte er sich den größten Staatsapparat Deutschlands und den größeren Teil der deutschen Polizei.

Jedoch gelang es Papen nicht, mit den Nazis handelseins zu werden. Die festigten inzwischen ihre Verbindungen zum Finanzkapital, z. B. durch den sogenannten Keppler-Kreis, ein wirtschaftspolitisches Beratergremium für Hitler, in dem Fritz Thyssen, Hjalmar Schacht, der spätere Bundesbankpräsident Blessing, der Bankier Kurt v. Schröder, Steinbrinck (Flick-Konzern), Vögler (Vereinigte Stahlwerke), Rosterg (Kali-Konzern Wintershall), Reinhart (Commerzbank), Helfferich (HAPAG) und weitere Repräsentanten des Finanzkapitals wirkten.

Die von der KPD initiierte Herbststreikwelle (1100 Streiks) mit ihrem Höhepunkt, dem BVG-Streik, durchkreuzte Papens Wirtschaftspolitik und machte seine Position unhaltbar. An seine Stelle trat der bisherige Reichswehrminister, General v. Schleicher. Damit wurde erstmals ein General Regierungschef der Weimarer Republik - was es selbst im Kaiserreich nur einmal und seit 1894 nicht mehr gegeben hatte.

Aber auch Schleicher vermochte die Probleme nicht im Sinne der ausschlaggebenden imperialistischen Kräfte zu lösen.

Bei der während des BVG-Streiks stattfindenden Reichstagswahl vom 6. November 1932 erlitt die Nazi-Partei eine schwere Niederlage. Sie verlor zwei Millionen Stimmen, geriet in eine tiefe Krise und zeigte Auflösungserscheinungen. Das alarmierte die Kreise des Finanzkapitals, des Junkertums und der Reichswehr, die am entschiedensten nach der faschistischen Diktatur drängten und nun einen Niedergang der Nazi-Partei und damit ein Scheitern ihrer Pläne befürchteten. Ein Ausdruck dessen war eine von Hjalmar Schacht initiierte Eingabe einiger Dutzend führender Vertreter des Monopolkapitals und des Junkertums (Schwerindustrielle wie Thyssen, Vögler, Reusch, Springorum, Bankiers wie Reinhart und v. Schröder, Großagrarier wie Graf Kalckreuth) vom 19. November 1932 an den Reichspräsidenten, in der Hindenburg aufgefordert wurde, Hitler als Reichskanzler zu berufen. Dies geschah am 30. Januar 1933.

Die Nazis sind also weder durch Wahlen noch durch eine "Machtergreifung" führende Regierungspartei geworden. Bei den Reichstags- bzw. Präsidentenwahlen erlangten sie 1930: 18,3 %, März 1932: 30,1 %, April 1932: 36,8 %, Juli 1932: 37,4 %, November 1932: 33,1 %. Selbst auf ihrem Höhepunkt waren sie weit von einer absoluten Mehrheit entfernt - fast zwei Drittel der deutschen Wähler hatten sie *nicht* gewählt. Eine Koalitionsmehrheit aber brachten sie nicht zustande, da die anderen rechtskonservativen Parteien gerade durch ihren Zuwachs geschwächt waren. Noch weniger waren sie in der Lage, gewaltsam die Macht an sich zu reißen. Sie wurden (sozusagen als der effektivste politische Dienstleistungsbetrieb der herrschenden Klasse) von Kreisen des Finanzkapitals, des Junkertums und der Militärclique - unter Assistenz von Gruppen der reaktionären Staatsbürokratie und der konservativen Presse - durch Lobbyismus und Intrigen in die Regierung *geschoben*. Nicht "blinde" Wählermassen,

sondern zielbewusst handelnde Teile der wirtschaftlichen, politischen, militärischen und bürokratischen *Machteliten* haben sie in Machtpositionen gebracht.

Wie wir gesehen haben, hat in Deutschland keine plötzliche, überraschende Ablösung der bürgerlichen Demokratie durch die faschistische Diktatur stattgefunden, sondern ein allmählicher, schrittweiser, sich über Jahre erstreckender Umwandlungsprozess. Er wurde auf zwei Linien vorangetrieben: *einerseits* durch eine Umgruppierung der politischen Kräfte im bürgerlichen Parteienspektrum, die Entwicklung einer faschistischen Massenbewegung, und *andererseits* mit den Mitteln des bürgerlichen Staatsapparats. Neben der Rolle der verschiedenen Repressivorgane (Polizei, Justiz) - welche in der Regel Faschisten schützten und begünstigten, aber Antifaschisten verfolgten - erwiesen sich Institutionen der Staatsmacht wie die Reichswehr und das Reichspräsidentenamt als *die entscheidenden Hebel der Faschisierung*, die eigentlichen Geburtshelfer der faschistischen Diktatur. Das objektive (und weitgehend auch subjektive) Zusammenspiel von konservativen Präsidialkabinetten und einer faschistischen Scheinopposition unter der Regie einer profaschistischen Militärclique war die wichtigste Bedingung für den Erfolg der Reaktion.

Zur antifaschistischen Strategie und Taktik der SPD

Das größte Gewicht in der Arbeiterbewegung - wenn auch abnehmend - besaß die SPD. Vor allem, weil die Freien Gewerkschaften und damit die große Masse der gewerkschaftlich organisierten und noch in den Betrieben stehenden Arbeiter der politischen Führung der SPD folgten. Die Auslösung eines politischen Generalstreiks - wie etwa gegen den Kapp-Putsch 1920 - war ohne oder gar gegen die SPD-Führung nicht möglich. Damit hing ein geschlossener, wirkungsvoller Abwehrkampf der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus von der SPD und den Freien Gewerkschaften ab.

"Die SPD besaß jedoch keine Analyse des Faschismus", schreibt Wolfgang Abendroth. "Sie steckte unter der Devise 'Deutschland ist nicht Italien' gegenüber dem Wachsen der faschistischen Bewegung den Kopf in den Sand."⁹ Für die Führung der SPD bestand die Hauptmethode der Verhinderung einer Übertragung der Regierungsgewalt an die Nazis im Nachweis, dass die SPD für das möglichst reibungslose, störungsfreie Funktionieren der bestehenden bürgerlichen Ordnung unentbehrlich ist - so wie sie das in ihrem bereits beschriebenen Umgang mit Brüning demonstrierte.

Deshalb kam für sie ein antifaschistisches Bündnis mit den Kommunisten *grundsätzlich* nicht in Betracht. Nur stärkster Druck von der sozialdemokratischen Basis her konnte diese Haltung in ganz seltenen Ausnahmefällen in begrenztem Umfang korrigieren. *Dies war das entscheidende Hindernis für das Zustandekommen der antifaschistischen Einheitsfront.*

Ausgehend von ihrer bejahenden Einstellung zum bürgerlichen Staat, setzte die SPD seit 1922 in ihren offiziellen Stellungnahmen (auf Parteitag usw.) die Kommunisten mit den Faschisten gleich. Auf dem Leipziger Parteitag (Juni 1931) gab der SPD-Vorsitzende Otto Wels die Parole aus: "Bolschewismus und Faschismus sind Brüder."¹⁰

In den sozialdemokratischen Massen gab es dennoch weniger antikommunistische Widerstände, aber viel Kampfbereitschaft. Es gelang jedoch, diese weitgehend zu kanalisieren - namentlich durch die Proklamierung der Eisernen Front (als scheinbare Alternative zur Einheitsfront) im Dezember 1931. Im Sommer 1932 riet die SPD-Führung als Antwort auf den anschwellenden Naziterror den Mitgliedern, die Nazis unter sich zu lassen. Als diese sich beispielsweise am 10. Juli 1932 in Eckernförde zusammenrotteten, erklärten SPD und Eiserner Front: "Um den am Sonntag in Eckernförde aufmarschierenden Nazis jede Veranlassung zur Provokation zu nehmen, werden die Mitglieder und Anhänger der Eisernen Front aufgefordert, sich restlos von der Straße fernzuhalten und sich möglichst außerhalb der Stadt im Freien zu verweilen. Der Ort bietet Gelegenheit zum Spielen und Baden."¹¹ Im Ergebnis stürmten die SA-Banden das Gewerkschaftshaus, erschlugen einen Reichsbannermann und einen Gewerkschafter, verletzten 17 Arbeiter zum Teil schwer, plünderten die Kasse und demolierten die Einrichtung. Ähnliches ereignete sich in Breslau, Hannover, Frankfurt/Oder, Ohlau, Hagenow und vielen anderen Orten.

Das Ergebnis der Reichstagswahl vom 6. November 1932 schuf günstigere Bedingungen für eine Zurückdrängung der faschistischen Gefahr durch gemeinsames oder paralleles Handeln

der antifaschistischen Kräfte, vor allem der Arbeiterparteien und -organisationen. Im Parteiausschuss der SPD, der am 10. November über das weitere Vorgehen beriet, wurde festgestellt, dass bei den "Genossen im Lande draußen" der "Wunsch nach einer Einheitsfront"¹² sehr lebhaft sei. Jedoch wurde dies als *negative* Erscheinung gewertet. Die größte Besorgnis wurde über die wachsenden Wählerverluste und den rasch zunehmenden Einfluss der KPD geäußert. Aus der Tatsache, dass bei der Reichstagswahl im Juli 600 000 und im November noch einmal 700 000 Wähler der SPD den Rücken gekehrt und sich der KPD zugewandt hatten, zog der Parteiausschuss die Schlussfolgerung, den Kampf gegen die Kommunisten zu verschärfen.

Richard Lipinski verwies warnend auf "die Gefahr, daß in kurzer Zeit bei anhaltender Krise und Neuwahlen die Kommunisten uns überholen und daß das in kurzer Zeit nicht wieder wettgemacht werden kann"¹³. Es bedürfe einer "prinzipiellen Stellungnahme gegen den Kommunismus"¹⁴, meinte Rudolf Hilferding. Rudolf Breitscheid fand gerade im Wahlerfolg der KPD den "stärksten Grund zum Nachdenken" und warf die Frage auf, "was wir tun können und tun müssen, um ein weiteres Anwachsen der Kommunisten zu verhindern". Und er schlussfolgerte, "daß wir uns auf den schärfsten Kampf gegen die Kommunisten einzustellen haben".¹⁵ Dem stimmten auch Vertreter des linken Flügels zu. Karl Böchel verlangte: "Grenzen wir uns gegenüber der Kommunistischen Partei ab, erhalten wir unsere Position." Sehr aufschlussreich ist die von ihm gestellte Perspektive: "Wir sind im Endspurt mit den Kommunisten. Wir brauchen nur noch ein Dutzend Mandate verlieren, dann sind die Kommunisten stärker als wir. Wißt Ihr, was das bedeutet? Das wäre der berühmte psychologische Moment für die kommunistische Agitation. ... Wir sind die stärkste proletarische Partei. Wenn aber unsere Mandatziffer sich um ein Dutzend zugunsten der Kommunisten senkt, dann gibt es kein Halten mehr. Dann sagen sich die Genossen, die treu zur Partei gestanden haben, nun hat die Volksstimmung entschieden, und sie werden versuchen, schnell herauszukommen."¹⁶

Das Konkurrenzdenken, das Beharren auf der - längst verlorenen - Monopolstellung in der Arbeiterbewegung *um jeden Preis* verschloss den Blick auf die gefährliche politische Realität. Die vom Parteivorsitzenden Wels ausgegebene Parole "Kampf gegen die Kommunisten!"¹⁷ fand *allgemeine* Zustimmung.

Die verstärkte antikommunistische Frontstellung korrespondierte mit einer zunehmenden Unterschätzung der faschistischen Gefahr. Die Wahlniederlage der Nazipartei wurde als entscheidende Niederlage des Faschismus bewertet.¹⁸ Von einer eventuellen Berufung Hitlers zum Reichskanzler erwartete man mitunter sogar einen beschleunigten Niedergang des Nazifaschismus.¹⁹ So wurde auch die spezifische Rolle der Regierung Schleicher völlig verkannt, zwar verbale Ablehnung bekundet, aber im Reichstag am 6. Dezember sogar der kommunistische Misstrauensantrag niedergestimmt. Diese verhängnisvollen Fehleinschätzungen desorientierten die SPD, die Freien Gewerkschaften und das Reichsbanner und lähmten das in diesen Organisationen vereinte große antifaschistische Potenzial. Sie widerspiegelten besonders die isolierte Betrachtung der Nazipartei, das Nichterkennen des Faschisierungskurses als bestimmende Orientierung der Hauptkräfte der Großbourgeoisie und die Blindheit für die Rolle des Staatsapparates im Faschisierungsprozess.

In seiner Betrachtung zu Neujahr 1933 behauptete der "Vorwärts", der Hitlerfaschismus habe bei der Hochfinanz, bei Schwerindustrie und Großgrundbesitz längst abgewirtschaftet.²⁰ Zur gleichen Zeit erblickte "Das Freie Wort", auch ein Sprachrohr des SPD-Vorstandes, "Die politische Aufgabe des Tages" - so der Titel des Artikels - in der "Vernichtung der KPD bis auf unbelehrbare, sektenhafte Reste"²¹ und bezeichnete die von immer mehr Mitgliedern und Funktionären der SPD erhobene Forderung nach einer Einheitsfront mit den Kommunisten als "kindische Utopie".

Zur antifaschistischen Strategie und Taktik der KPD

Die KPD hatte eine im Kern richtige Einschätzung des Faschismus. (Auf bestimmte Schwächen komme ich noch zu sprechen.) In einer Resolution über den Kampf gegen den Faschismus vom 4. Juni 1930 - Monate vor dem ersten spektakulären Wahlerfolg der Nazis - stellte das Polbüro des ZK der KPD fest, dass Wahlerfolge und Terrorakte der Nazis den ganzen Ernst der faschistischen Gefahr signalisierten. Sie kennzeichnete richtig deren sozialen Inhalt: "An ihrer Spitze stehen ausschließlich bewußte und skrupellose Agenten des Finanzkapitals, besonders des schwerindustriellen Unternehmertums." Zugleich wurde der tiefe Widerspruch

zwischen dem Klasseninhalt und der Massenbasis des Faschismus hervorgehoben, den es durch "eine Differenzierung zwischen faschistischen Führern und den irreführten Massen ihrer werktätigen Anhänger" zu nutzen und zu vertiefen gelte, um die von anderen bürgerlichen Parteien zur Nazi-Partei strömenden kleinbürgerlichen und bürgerlichen Wähler wieder von den Faschisten zu lösen.

Von prinzipieller Bedeutung war die Erkenntnis, dass die vom Monopolkapital ausgelöste Faschisierung Deutschlands auf *zwei* Wegen vorangetrieben wurde: "sowohl durch die faschistischen Kampforganisationen als auch durch den bürgerlichen Staatsapparat". Das richtige Erfassen dieses Zusammenhangs, der von den meisten bürgerlichen und sozialdemokratischen Nazigegnern ignoriert wurde, war eine entscheidende Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen den Vormarsch des Faschismus.

Die in der Resolution gezogene Schlussfolgerung lautete: "Vor der deutschen Arbeiterklasse steht in ganzer Größe die Aufgabe, den Faschismus und seine Terrorbanden bis zur vollständigen Vernichtung niederzukämpfen." Zur Taktik, den Formen und Methoden des Kampfes gegen den Faschismus wurde betont, dass dieser Kampf nur als politischer Massenkampf Aussicht auf Erfolg hätte. Das verlange vor allem, die Massen "von sozialdemokratischen, parteilosen und christlichen Arbeitern, von Reichsbannerarbeitern, von SAJ- und Jungbannerarbeitern" in den Kampf einzubeziehen.²²

Der von der KPD ausgehende Appell an alle antifaschistischen Werktätigen - insbesondere die sozialdemokratischen - zum gemeinsamen Kampf wurde allerdings durch die "Sozialfaschismus"-These eingeengt und in seiner Wirkung gemindert. Was hat es mit dieser falschen These - einem fehlerhaften Aspekt der Faschismus-Einschätzung der KPD - auf sich?

Als die führenden Kreise des Großkapitals Ende der 20er Jahre Kurs auf die Aushöhlung und den Abbau - mit der Konsequenz der Beseitigung - der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie nahmen und damit den Übergang zur faschistischen Diktatur einleiteten, verschärfte die SPD als Regierungspartei ihr Vorgehen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, wodurch sie die Spaltung der Arbeiterklasse vertiefte. Darüber hinaus beschränkte sie in entscheidenden Funktionen des bürgerlichen Staates (Minister, Polizeipräsidenten usw.) die demokratischen Rechte und Freiheiten der Massen und ging mit brutalen Terrormaßnahmen, ja mit *vorsätzlichem* Blutvergießen (z. B. Berliner Blutmai 1929, RFB-Verbot) gegen sie vor. So erleichterte, ja *förderte* sie die Faschisierungspolitik des Großkapitals und der Großagrarier. Unter diesen Umständen fand in der kommunistischen Bewegung die Ansicht Verbreitung, die sozialdemokratische Politik und Ideologie entwickle sich zum "Sozialfaschismus". Diese These beachtete nicht, dass die Sozialdemokratie als Teil der Arbeiterbewegung, auf Grund ihrer sozialen Basis und ihrer Tradition, den faschistischen Bestrebungen objektiv im Wege stand. Sie reizte dazu, zwischen Faschismus und Sozialreformismus ungenügend zu differenzieren und erschwerte das Ringen um die Einheitsfront mit den Sozialdemokraten, verstellte insbesondere auch den Blick für alle sich dazu eröffnenden Möglichkeiten, und seien sie auch noch so gering.

Ähnlich musste die Propagierung der Aufrichtung der proletarischen Diktatur als einzige Alternative zur Aufrichtung der faschistischen Diktatur wirken. Wenn wir feststellen, dass die unmittelbare Orientierung auf die proletarische Revolution den Kampf der KPD gegen die faschistische Gefahr und ihre Einheitsfrontpolitik einengte und behinderte, dann müssen wir allerdings beachten (und das geschieht in der Regel nicht), dass dies genauso - und zum Teil noch mehr - für die anderen Richtungen der Arbeiterbewegung (wie KPD/O, SAP, Trotzlisten usw.) zutraf, wovon noch die Rede sein wird. Für das Spannungsverhältnis von Leistung und Grenzen der KPD in dieser Zeit ist es eben charakteristisch, dass sie auf allen Feldern des Kampfes um Demokratie eine enorme außerparlamentarische und parlamentarische Arbeit mit beachtlicher Resonanz leistete, es aber nicht vermochte, gerade diese Kampferfahrungen ernsthaft theoretisch zu verallgemeinern und zu strategischen Schlussfolgerungen zu führen. Gerade in dieser Hinsicht erwiesen sich auch der in der Komintern wirkende Dogmatismus und Schematismus und die Einbindung in deren bürokratisch-zentralistische Strukturen als ein besonders großes Hemmnis. Allerdings war auch die ungenügende theoretische Bewältigung der Probleme des Kampfes um Demokratie keine Besonderheit der KPD, sondern betraf - und zum Teil noch nachhaltiger - auch die anderen Richtungen der Arbeiterbewegung, worauf noch eingegangen wird.

Mit dem Problem der Aktionseinheit wurde in der Resolution vom 4. Juni 1930 die angesichts der Massenbasis der Faschisten kardinale Frage der Mittelschichten verbunden. Es gelte auch, "das notleidende städtische Kleinbürgertum, die Beamten und Angestellten, die verelendeten Kleinhändler, Kleingewerbetreibenden, Handwerker, die verarmten Kleinbauernmassen"²³ gegen den Faschismus in den Kampf zu führen.

In der Resolution unterstrich die Führung der KPD die entscheidende Bedeutung der *ideologischen Auseinandersetzung mit dem Nazifaschismus*. Zur Reichstagswahl im September 1930 veröffentlichte das ZK der KPD am 24. August 1930 eine "Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes". In dem Dokument setzte sich die KPD mit den beiden Hauptrichtungen des ideologischen Angriffs des Nazifaschismus - seiner nationalistischen Hetze und seiner pseudosozialistischen Demagogie - auseinander.

Die Naziapartei wurde als "eine volks- und arbeiterfeindliche, antisozialistische, eine Partei der äußersten Reaktion", als eine "Partei der mörderischen, faschistischen Diktatur"²⁴ charakterisiert, gegen die der schärfste politische und wehrhafte Massenkampf zu führen ist. Es wurde deutlich gemacht, dass die Nazifaschisten sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik *die extremsten Verfechter der Interessen der imperialistischen Bourgeoisie* waren, die sie mittels offenen, blutigen Terrors gegen die Arbeiterbewegung, alle fortschrittlichen, liberalen und pazifistischen Kräfte im Innern und militärischer Aggression nach außen durchzusetzen trachteten. Die Programmerkklärung zeigte, dass die von dieser imperialistischen Gewaltpolitik ausgehende Gefahr dadurch auf die Spitze getrieben wurde, dass die Nazis sich mit Erfolg darauf orientierten, Millionenmassen insbesondere aus den *Mittelschichten* durch skrupellose Demagogie für die Unterstützung dieser Politik zu mobilisieren.

Der Hauptstoß der Programmerkklärung richtete sich gegen die nationalistische Demagogie der Hitlerfaschisten, ihr wirksamstes Instrument zur Irreführung der Massen. Die Kommunisten wiesen nach, dass die Revanchehetze der Nazis gegen den Versailler Frieden und die Reparationen, ihr Chauvinismus allein den Interessen des deutschen Imperialismus am Ausbau seiner Positionen und an erneuter imperialistischer Expansion dienten. Da die Faschisten unter Ausnutzung der millionenfach verbreiteten Unklarheiten und bürgerlichen Vorurteile in der nationalen Frage mit skrupelloser nationalistischer Demagogie den Kampf um die Massen führten, war es von entscheidender Bedeutung, dass die revolutionäre Arbeiterbewegung ihr Programm in der nationalen Frage offensiv und den Massen verständlich propagierte, dass sie die nationalen Losungen und Traditionen nicht den Faschisten zu verfälschendem Missbrauch überließ, sondern positiv aufgriff und *gegen den bürgerlichen Nationalismus* kehrte.

Ansätze, um zu sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären Kontakte herzustellen, erlitten durch die von Hermann Remmele und Heinz Neumann provozierte Teilnahme an dem von Rechtskräften eingeleiteten Volksentscheid zur Auflösung des preußischen Landtages einen Rückschlag. Die KPD, die selbst in Braunschweig und Sachsen solche Volksentscheide anstrebte, um die dortigen reaktionären Regierungen zu beseitigen, hatte die Aktion der Rechten seit Anfang 1931 schärfstens bekämpft. Im Juli aber erreichten Remmele und Neumann, die *als Einzige für* eine Teilnahme eingetreten waren, durch eine Intrige, dass das ZK der KPD beschloss, sich am Volksentscheid (der am 9. August stattfand und scheiterte) zu beteiligen. Ernst Thälmann, der diese falsche Entscheidung vehement ablehnte, gab dieser Ablehnung auch *nach* der Beschlussfassung Ausdruck, indem er jedes öffentliche Auftreten für den Volksentscheid vermied - was von Vielen, sowohl leitenden Funktionären als auch an der Parteibasis, bemerkt und als Signal verstanden wurde.²⁵

Die Befürworter dieses falschen Schrittes begründeten ihn mit dem Argument, die Teilnahme der KPD würde den Faschisten den Wind aus den Segeln nehmen, sie in die Defensive drängen, ihre Kampagne in einen "roten Volksentscheid" umfunktionieren. Sie hegten die illusionäre Erwartung, bei einer Neuwahl würden die Nazis eine Niederlage erleiden, die KPD aber wählerstärkste Partei werden. Diese *im Gegensatz zur überwiegenden Mehrheit der Führung der KPD* vertretenen Auffassungen zeugten von linksopportunistischen Tendenzen, insbesondere von einer abenteuerlichen Vorstellung vom möglichen Tempo der Veränderung des Kräfteverhältnisses der Klassen, und ebenso von mangelndem Verständnis dafür, dass solche politischen Veränderungen nur durch eine systematische Gewinnung der Massen, vor allem durch Erfolge im Ringen um die Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten zu erreichen waren.

Wie sehr die Teilnahme am Preußenvolksentscheid der gesamten Politik der KPD widersprach, machte auch ihre gleichzeitige Kampagne gegen die nazifaschistisch-deutschnationale Koalitionsregierung und ihr Ringen um die Aktionseinheit mit der SPD in Braunschweig deutlich. Hier hatten nach den Kommunalwahlen vom März 1931 KPD und SPD vereinbart, durch gemeinsames Vorgehen im Braunschweiger Stadtparlament dessen Präsidium ohne Vertreter der faschistischen Regierungskoalition zu bilden sowie im Stadtrat und in den Ausschüssen sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheiten zu sichern. Ebenfalls im März leitete die KPD ihr Volksbegehren zur Auflösung des Landtags ein, um durch dessen Neuwahl eine nichtfaschistische Landesregierung zu ermöglichen. Es war erfolgreich. Obwohl der Bezirksparteitag der SPD eine Beteiligung mit knapper Mehrheit abgelehnt hatte, wurde es von einigen ihrer Ortsvereine unterstützt. Der Volksentscheid im November erreichte sein Ziel nicht; jedoch hatte sich das Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten sichtlich verbessert, was besonders durch gemeinsame Aktionen gegen den Naziterror bewiesen wurde.

Nach dem Harzburger Treffen der faschistischen und konservativen Parteien und Organisationen (11./12. Oktober 1931) entwickelte die KPD neue Einheitsfrontinitiativen. Am 29. November 1931 veröffentlichte die "Rote Fahne" einen Appell des ZK der KPD an alle Arbeiter der Sozialdemokratie, des Reichsbanners und der Gewerkschaften, gemeinsam gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, für Demonstrations-, Koalitions- und Pressefreiheit zu kämpfen und gemeinsame Schutzstaffeln gegen den faschistischen Terror zu bilden. Ausdrücklich wurde betont, dass die KPD diese dringendsten Tagesforderungen als Grundlage der Einheitsfront betrachte, nicht aber die kommunistischen Auffassungen über die Grundfragen des proletarischen Klassenkampfes. In einem gleichzeitig veröffentlichten Artikel erklärte Ernst Thälmann zu diesem Kerngedanken des Appells, von den Sozialdemokraten werde nicht erwartet, dass sie sich "in Kommunisten verwandeln, unser Programm, unser Endziel anerkennen und das sozialdemokratische Mitgliedsbuch mit unserem vertauschen sollen"²⁶. Erstmals seit 1928 ging die KPD davon aus, als ihre Einheitsfrontpartner die organisierten, disziplinierten, fest auf reformistischen Positionen stehenden Mitglieder der SPD zu betrachten, das Zustandekommen der Einheitsfront *nicht* mit der Aufgabe des reformistischen Standpunkts, der Trennung von den rechten sozialdemokratischen Führern zu verknüpfen, das ausschlaggebende Kriterium der Einheitsfront allein in den gemeinsamen antifaschistischen, demokratischen Nahzielen zu sehen.

Antifaschistische Aktion

Aus den oben umrissenen dramatischen Veränderungen des Frühjahrs 1932 zog die Tagung des ZK der KPD am 24. Mai Schlussfolgerungen. Ernst Thälmann stellte fest, es sei die Aufgabe des Tages, gegen den Eintritt der Nazis in die Reichs- oder Preußen-Regierung eine Massenstimmung zu entfachen, ihn unmöglich zu machen, weil er die Entwicklung zur offenen, faschistischen Diktatur beschleunigen würde.²⁷ Es gelte, "eine große antifaschistische Aktion ... in die Wege zu leiten"²⁸. Als am folgenden Tage die Nazis im Preußischen Landtag einen blutigen Überfall auf die kommunistische Fraktion und ihren Sprecher, Wilhelm Pieck, verübten, rief das ZK der KPD unverzüglich zur Antifaschistischen Aktion auf, um "in breitester Einheitsfront den Mordterror des Hitlerfaschismus zu brechen ..., dem Hitlerfaschismus den Weg zur Macht zu verlegen ..., der Faschisierung Deutschlands Einheit zu gebieten... Sozialdemokratische Arbeiter, ... schlägt in die Bruderhand ein, die die Kommunistische Partei euch bietet!"²⁹ Damit war ein *Nahziel* formuliert, das im Interesse aller Kräfte lag, die ein faschistisches Regime und insbesondere den Machtanspruch des Nazifaschismus ablehnten.

Dementsprechend wandte sich die KPD wiederholt an die Leitungen der SPD und der von ihr geführten Massenorganisationen, um ein gemeinsames Auftreten gegen die faschistischen Vorstöße zu erreichen. Am 16. Juni appellierte Walter Ulbricht im Namen der KPD-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg an die Berliner Vorstände der SPD, des ADGB und des Reichsbanners, eine Massendemonstration gegen die faschistische Reaktion und die Papen-Regierung zu unterstützen. Das wurde abgelehnt, obwohl selbst Lageberichte des Reichsinnenministeriums eingestehen mussten, dass es sich um eine "bei den breiten Massen überaus wirksame"³⁰ Initiative handelte, und auch besorgt darauf aufmerksam machten, dass nach der Ablehnung ihres Angebots "von Seiten der KPD Versuche gemacht werden, interne Besprechungen mit maßgebenderen Sozialdemokraten in Gang zu bringen"³¹. Ähnlich handelten die anderen Bezirksleitungen der KPD.

Ihre Entschlossenheit, alle Möglichkeiten zu nutzen, um die faschistische Offensive zurückzuschlagen, und dazu mit allen zusammenzugehen, die bereit waren, tatkräftigen Widerstand zu leisten, bewies die KPD auch in den Parlamenten. Klar erkannte sie die Bedeutung der Auseinandersetzungen im preußischen Landtag. Bereits bei der Einleitung der Antifaschistischen Aktion betonte Ernst Thälmann, dass es möglich sei, sofern SPD und Zentrum ernsthaft den Faschisten entgegentreten würden, im preußischen Landtag, "wo eine Mehrheit von Sozialdemokraten, Zentrum und Kommunisten besteht, durch jede parlamentarische Abstimmung"³² die Absichten der faschistischen Reaktion zu durchkreuzen. Am 3. Juni stimmten die Kommunisten einen deutschnationalen Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung nieder, dessen Annahme die Wahl eines Nazi-Ministerpräsidenten ermöglicht hätte. Am 15. Juni lehnten sie einen Antrag der Nazis ab, gegen die der SPD und der Deutschen Staatspartei angehörenden Minister Klage beim Staatsgerichtshof zu erheben.

Die KPD-Fraktion unternahm alles in ihren Kräften stehende, um die Wahl von Faschisten in das Landtagspräsidium zu verhindern. Sie erklärte ihre Bereitschaft, auf eigene Kandidaten zu verzichten und für ein aus Vertretern der SPD und des Zentrums bestehendes Präsidium zu stimmen. Doch beide Parteien lehnten dieses Angebot ab. Das Zentrum ermöglichte durch Stimmenthaltung die Wahl eines Nazis in die politische Schlüsselstellung des Präsidenten des Preußischen Landtags.

Im Reichstag verfolgte die KPD eine entsprechende Linie, mit SPD und Zentrum gegen die Faschisten zu kooperieren.

Alle Beispiele erfolgreichen Zusammenwirkens verstärkten in der sozialdemokratischen Bewegung die Bereitschaft zur antifaschistischen Aktionseinheit. Am 28. Juni meldete der Lagebericht des Reichsinnenministeriums: "Wo überall eine genauere Beobachtung möglich ist, stellt man stets das gleiche fest: Kommunisten, Mitglieder des Kampfbundes gegen [den] Faschismus, Reichsbannerleute und sonstige Sozialdemokraten haben einen Kurierdienst eingerichtet, der ihnen das Herannahen nationalsozialistischer Propagandatrups anzeigt und 'Selbstschutzformationen' mobilisiert. Mitglieder der SPD oder der SAP, Gewerkschaftskartelle, Betriebsräte beider Parteien usw. rufen zur Bildung der Einheitsfront auf. Bei blutigen Zusammenstößen mit Nationalsozialisten, z. B. auch bei den Zwischenfällen am Vorwärts-Gebäude, wird noch regelmäßig, trotz der Gegnerschaft beider marxistischer Parteien untereinander, die Einheitsfront praktisch hergestellt, und nicht selten sind es gerade die Kommunisten, die am schnellsten und rührigsten bei der Sache sind. Versammlungen werden abgehalten, in denen die Methoden eines Zusammengehens der Arbeiterparteien erörtert, Antifaschistische Einheitskomitees oder Selbstschutzstaffeln gegründet werden. Die Diskussionen um die Herstellung der Einheitsfront, auch auf höherer Ebene, nehmen immer mehr zu."³³ Mitte Juli registrierte das Reichsinnenministerium: "Im ganzen Reiche gehen die praktischen Einheitsfrontaktionen weiter. SPD-Betriebsräte gehen mit roten Kollegen zusammen, Reichsbannermitglieder erscheinen als Delegierte ihrer Kameraden in kommunistischen Versammlungen... Gemeinsame Sargwachen und Beteiligungen bei Beerdigungen sind schon überall die Regel, ebenso wie bei oder nach nationalsozialistischen Aufmärschen regelmäßig wirklich überparteiliche Demonstrationen veranstaltet werden. Sozialdemokraten erscheinen bei den vielerorts veranstalteten antifaschistischen Kongressen der KPD; Gewerkschaftsfunktionäre erklären, daß man die entgegengehaltene Bruderhand der KPD nicht zurückweisen dürfe."³⁴

Je stärker dieses Drängen wurde, desto nachhaltiger stemmte sich ihm jedoch der Parteivorstand der SPD entgegen. In einem Rundschreiben an die Bezirksvorstände vom 28. Juni verbot er jegliche Verhandlungen mit Kommunisten und drohte Zuwiderhandelnden mit dem Ausschluss. Dabei sekundierte ihm der Bundesvorstand des ADGB, der es ablehnte, zwischen den Parteien zu vermitteln, und weiterhin offen die antikommunistischen Argumente der rechten Sozialdemokraten unterstützte.³⁵

Am 20. Juli schlug die KPD den Vorständen der SPD und der Freien Gewerkschaften vor, Papens Staatsstreich mit dem Generalstreik zu beantworten. Aber die kommunistische Initiative wurde ignoriert; die Berliner Gewerkschaftsvorstände diffamierten sie sogar als Provokation.³⁶

Auf Grund der den Massen verständlichen und auch den Interessen der Sozialdemokraten entsprechenden Zielstellung sowie der außerordentlichen Aktivität der kommunistischen Parteiorganisationen gelang es trotz der negativen Haltung der sozialdemokratischen Führungsin-

stanzen, viele gemeinsame Aktionen von Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Antifaschisten herbeizuführen. Viele Hunderte gemeinsamer Ausschüsse und Kampfleitungen entstanden, in denen Kommunisten und Sozialdemokraten und deren Sympathisanten, viele christliche Arbeiter, Sportler, Intellektuelle, auch Bauern einträchtig und wirksam zusammenarbeiteten. Vor allem eine Vielzahl von Formationen des antifaschistischen Massenselbstschutzes - wie Straßen- und Häuserschutzstaffeln - konnten geschaffen werden. Das gemeinsame Interesse von Kommunisten und Sozialdemokraten, Christen und bürgerlichen Demokraten an der Verteidigung der nicht nur bedrohten, sondern auch fortwährend verletzten und immer mehr ausgehöhlten und eingeschränkten demokratischen Rechte und Freiheiten bildeten das stärkste Motiv der Aktionseinheit. Besonders die Erfordernisse der Abwehr des faschistischen Terrors bewirkten die breitesten Verbindungen antifaschistischer Kräfte und führten am ehesten zu organisierten Formen gemeinsamen Kampfes.

Wirkungen der Antifaschistischen Aktion

Erste Ergebnisse zeigten sich bald. Die Antifaschistische Aktion vermochte den faschistischen Terror im Sommer 1932 im wesentlichen zu brechen. Schon die Reichstagswahl am 31. Juli 1932, bei der die Nazis mit 13,8 Millionen Stimmen (37,4 %) ihr *bestes* Ergebnis erzielten, zeigte zugleich, dass ihr Vormarsch faktisch zum Stehen gebracht worden war, in Stagnation übergang.³⁷ Ihre Hoffnungen auf eine Koalition mit dem Zentrum erfüllten sich nicht, weil die (an sich nicht abgeneigte) Zentrumsführung mit Rücksicht auf ihre Anhänger davon Abstand nehmen musste - auch eine Wirkung der Antifaschistischen Aktion, die das politische Klima verändert und die Sensibilität gegenüber den Faschisten verstärkt hatte.

Die Antifaschistische Aktion trug entscheidend zu dem empfindlichen politischen Rückschlag der Nazis im Herbst 1932 sowie zum Sturz der profaschistischen Regierung Papen bei. Wesentlichen Anteil daran hatte die von der KPD und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) geführte Streikweile (1100 Streiks - davon ca. 80 % erfolgreich) gegen Lohnsenkung und Unterstützungsabbau im Herbst 1932 mit ihrem Höhepunkt, dem Streik der 22 000 BVG-Arbeiter Anfang November. Er offenbarte nicht nur den politischen Bankrott der Papen-Regierung - der reaktionärsten Regierung vor Hitler. Die Reichstagswahl am 6. November (während des Streiks) brachte der KPD in Berlin einen besonders großen Erfolg, jedoch sowohl der Nazipartei als auch der SPD besonders schwere Verluste. Vor allem in der SPD löste das heftige Auseinandersetzungen aus, weil die Funktionäre mit Recht dafür auch die Streikbruchtaktik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer verantwortlich machten.³⁸

Die Antifaschistische Aktion hat den Prozess der Faschisierung bis zu einem gewissen Grade gehemmt, die Errichtung der faschistischen Diktatur erschwert und verzögert. Im Zusammenhang mit der Antifaschistischen Aktion erreichte der Masseneinfluss der KPD für die Zeit bis 1945 seinen Höhepunkt. Bereits 1930 war sie - als erste (und vor dem Zweiten Weltkrieg einzige) kommunistische Partei eines kapitalistischen Landes - in der Hauptstadt wählerstärkste Partei geworden. Bei den Reichstagswahlen im November 1932 stimmte jeder sechste Wähler (in Berlin jeder dritte) für die KPD, die fast 6 Millionen Stimmen erhielt (gegenüber 7,25 Millionen für die SPD). In den neun industriell entwickeltsten Wahlkreisen (dem heutigen NRW, Berlin und Umgebung, dem mitteldeutschen Industriegebiet und Oberschlesien) erhielt die KPD 2,5 Millionen, die SPD 1,7 Millionen Stimmen. Von den für beide Arbeiterparteien bei Reichstagswahlen abgegebenen Stimmen entfielen im Dezember 1924: 25,6 %, im Mai 1928: 26,3 % und im November 1932: 45,2 % auf die KPD. Das zeigte, in welchem Maße sich die Sympathien der Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse der KPD zuzuneigen begannen.

Das Wahlergebnis vom 6. November 1932 zeigte, welche Chancen bestanden. Unterstrichen wurden sie durch weitere politische Rückschläge der Nazipartei im November und Dezember 1932, durch zahlreiche antifaschistische Einzelaktionen und Teilerfolge im November, Dezember und Januar. Doch nach der verhängnisvollen, ja geradezu selbstmörderischen Entscheidung der SPD-Führung vom 10. November 1932 waren sie kein ausreichendes Gegengewicht gegen die immer konzentrierteren Aktivitäten von Großkapital, Großgrundbesitzern, Militärclique und reaktionärer Staatsbürokratie, die zur Einsetzung des Präsidialkabinetts Hitler/Papen/Hugenberg am 30. Januar 1933 führten.

Nachdem sich an diesem Tage wie ein Lauffeuer die Nachricht über diesen Akt verbreitete, wandte sich die KPD mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, in dem sie das neue Regime als "Kabinett der offenen, faschistischen Diktatur" charakterisierte, dessen Ziel die völlige Entrechtung der Werktätigen, "die volle Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen Deutschlands" sei und das mit schrankenlosem Terror herrschen würde. Die KPD rief dazu auf, gegen die Hitler-Regierung mit dem Massenstreik, dem Generalstreik zu protestieren und in allen Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen entsprechende Beschlüsse zu fassen. Sie erklärte: "Die Kommunistische Partei Deutschlands wendet sich vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit mit diesem Aufruf zugleich an den ADGB, an den AfA-Bund, an die SPD und die christlichen Gewerkschaften mit der Aufforderung, gemeinsam mit den Kommunisten den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur der Hitler, Hugenberg, Papen, gegen die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, für die Freiheit der Arbeiterklasse durchzuführen!"³⁹

Noch am gleichen Tage übermittelte Walter Ulbricht (als Mitglied des Sekretariats des ZK der nach Ernst Thälmann und John Schehr verantwortliche Funktionär der KPD) diesen Appell dem Parteivorstand der SPD. Dieser ging jedoch nicht auf das Angebot ein. In einem Aufruf des Vorstandes und der Reichstagsfraktion der SPD vom 30. Januar war lediglich von einer "reaktionären großkapitalistischen und großagrarisches Konzentration"⁴⁰ die Rede. Es wurde erklärt, die SPD führe den Kampf auf dem Boden der Verfassung und werde jedem Versuch, gegen die Verfassung zu regieren, äußersten Widerstand entgegensetzen. Damit wurde zum Ausdruck gebracht, dass die SPD nicht an außerparlamentarische Massenaktionen denke, und die Illusion verbreitet, das faschistische Terrorregime könne im Rahmen der Weimarer Verfassung handeln. Der Aufruf orientierte nicht auf Aktionen, sondern darauf, sich "bereitzuhalten", d. h. abzuwarten. Er verurteilte ausdrücklich das Handeln von Organisationen auf eigene Initiative, also deren selbständiges Eingehen auf kommunistische Vorschläge zur antifaschistischen Aktionseinheit.

Zur Haltung weiterer Kräfte in der Arbeiterbewegung

Die *Sozialistische Arbeiterpartei (SAP)* orientiert in ihren programmatischen Dokumenten darauf, "jetzt den Kampf um die Macht ... unter sozialistischen Losungen auf[zun]ehmen ..." und einer Sprengung der demokratischen Republik durch den Faschismus mit der "Eroberung der politischen Macht" durch die Arbeiterklasse zu begegnen.⁴¹ In den Wahlkämpfen um die Reichspräsidenschaft im Frühjahr 1932 unterstützte die SAP - ebenso wie Carl v. Ossietzky und die Christlich-radikale Arbeiter- und Bauernpartei des katholischen Politikers Vitus Heller - die Kandidatur Ernst Thälmanns. Viele Funktionäre und Mitglieder der SAP nahmen aktiv und konstruktiv an der Bildung und Tätigkeit von Einheitsfrontorganen und an der Antifaschistischen Aktion teil.

Leo Trotzki, auf den sich Gruppierungen orientierten, die aus dem Zerfall der früheren ultra-linken Opposition in der KPD hervorgegangen waren, verfolgte aufmerksam die Entwicklung in Deutschland. In seiner Arbeit "Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats" aus dem Jahre 1932 sieht Trotzki "die Aufgabe des direkten und unmittelbaren Machtkampfes vor dem Proletariat" in Deutschland und damit die Notwendigkeit von *Sowjets*. Er kennzeichnet die Brüning-Regierung als ein "Regime der Vorbereitung" - "Entweder für den Sieg des Faschismus oder für den Sieg des Proletariats". Trotzki zieht die Schlussfolgerung: "die *Generalschlacht* (von mir hervorgehoben - H. K.) muß geliefert werden, bevor Brünings bürokratische Diktatur vom faschistischen Regime abgelöst wird".⁴²

Die *KPD (Opposition) (KPD/O)*. Ihr theoretischer Kopf August Thalheimer wandte sich zu Recht gegen die "Sozialfaschismus"-These; vermochte aber keine treffende Charakteristik des Faschismus zu geben. Seine *Kernaussage* war, dass im faschistischen Staat wesentliche Züge des *Bonapartismus* wiederkehren, nämlich "die 'Verselbständigung der Exekutivgewalt', die *politische* Unterwerfung aller Klassen, einschließlich der Bourgeoisie selbst, unter die faschistische Staatsmacht bei *sozialer* Herrschaft der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer".⁴³ Die Wirtschaftsjournalisten der bürgerlich-liberalen "Frankfurter Zeitung", die zu Zeiten Brünings in Anspielung auf den politischen Einfluss der IG Farben ganz ungeniert von einer "IG Deutschland" schrieben, sahen das wesentlich realistischer als Thalheimer.

Im April 1930 schrieb A. Thalheimer im Zusammenhang mit der Einschätzung des Übergangs von der Großen Koalition zur Brüning-Regierung: "Der Vormarsch des Faschismus stellt

objektiv die Alternative: faschistische oder proletarische Diktatur. Er stellt der Arbeiterklasse die *Aufgabe*, die subjektiven Vorbereitungen für den Kampf um die proletarische Diktatur in beschleunigtem Tempo zu schaffen."⁴⁴

In ihrer "Programmatischen Plattform" vom Dezember 1930 erklärte die KPD(O): "Der erfolgreiche Kampf gegen den Faschismus kann ... nicht vom Boden der bürgerlichen Demokratie geführt werden... Ein erfolgreicher Kampf gegen den Faschismus für die Erhaltung der demokratischen Rechte der Arbeiterklasse kann nur geführt werden als Kampf für die proletarische Demokratie, für die Räterediktatur." Der Kampf gegen alle Versuche, die demokratischen Rechte einzuschränken, "muß verbunden werden mit der Propaganda für die proletarische Diktatur".⁴⁵

Im Sommer 1932 konstatiert A. Thalheimer in seiner Broschüre "Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?": "Um die Reformen in der Zeit der tiefsten Erschütterung des Kapitalismus zu verteidigen, muß man über den Kampf um Reformen hinaus und zum revolutionären Angriff übergehen. Man muß sich unmittelbar den Sturz des Kapitalismus zum Ziele setzen." Und: "Es gilt jetzt, die Bourgeoisie nicht nur auf das Rückzugsgebiet der bürgerlichen Demokratie zurückzuschlagen, auf dem sie jederzeit ihre Kräfte wieder neu gruppieren kann und wird, sondern sie auch aus diesem Rückzugsgebiet hinauszuerwerfen, sie nicht nur zurückzuschlagen, sondern zu zerschlagen. Dies vollbringt die proletarische Diktatur und nur sie ..."⁴⁶

Hätte die faschistische Diktatur in Deutschland verhindert werden können?

Oder mit anderen Worten: War der Erfolg der zur faschistischen Diktatur drängenden bürgerlichen Reaktion unvermeidlich? Welche *realen Chancen* gab es, ihn zu verhindern?

Das ist eine zentrale, aber auch außerordentlich komplizierte Frage und nach wie vor umstritten. Man kann sie weder mit Ja noch mit Nein eindeutig - *d. h. unwiderlegbar* - beantworten. Die - insbesondere seit den 90er Jahren - wiederholt vorgetragene Auffassung, auch eine gemeinsam handelnde Arbeiterbewegung hätte keine Chance gehabt, wurde jedoch auch nicht annähernd begründet - sie ist ein reines Ideologem. Übereinstimmend mit Wolfgang Abendroth und Willy Brandt (1988) meine ich, dass gerade in der aktiv und koordiniert auftretenden Arbeiterbewegung der Schlüssel des Erfolges gelegen hätte, dass dies der einzige produktive Ansatz der Betrachtung des Problems ist.

Ausschlaggebend für die schrittweise Realisierung der faschistischen Bestrebungen war das Handeln (bzw. die Handlungsfähigkeit und -bereitschaft) staatlicher Machtorgane und ihrer bewaffneten Kräfte (Reichswehr und Polizei). Und diese *handelten*, weil sie sicher waren, keinem *geschlossenen* Widerstand zu begegnen. Ihre Taktik war stets darauf gerichtet, eine solche Situation unter allen Umständen zu vermeiden. Sowohl die politisch Handelnden als auch insbesondere die Reichswehrrführung hatten die Lektion des Kapp-Putsches gründlich gelernt. Das zeigte sich sowohl um den 20. Juli 1932 als auch um den 30. Januar 1933. Ohne die *Gewissheit*, dass die SPD-Führung kampfflos kapitulieren würde, wäre der Papen-Putsch nicht inszeniert worden. Als in der ersten Sitzung des Hitler-Kabinetts am 31. Januar Hugenberg ein KPD-Verbot forderte, fuhr ihm gleich Hitler in die Parade, damit würde man die kommunistisch-sozialdemokratische Einheitsfront provozieren, und General v. Blomberg sekundierte ihm, man dürfe keinerlei Anlass für Unruhen geben. Göring versicherte, er hätte zuverlässige Informationen, dass die SPD-Spitze nichts unternehmen würde, wenn sie nicht in eine Zwangslage gebracht würde.

Natürlich hätte ein Zustandekommen der Einheitsfront nicht automatisch den Erfolg garantiert - dafür war das politische und gesellschaftliche Kräfteverhältnis viel zu labil und unsicher (aber eben für *beide* Seiten). Aber sie wäre die unumgängliche Voraussetzung eines Erfolges gewesen. "Denn über die weitere Entwicklung konnten bei der Lage der Dinge nicht mehr die Wählerstimmen und parlamentarischen Mandatszahlen, sondern nur noch der Kampfwille und die Kampfbereitschaft sozialer Gruppen und außerparlamentarischer Verbände entscheiden."⁴⁷

Warum ist es nicht gelungen, die faschistische Diktatur zu verhindern?

Der Hauptgrund liegt zweifellos im Nichtzustandekommen der Aktionseinheit der Arbeiterbewegung, deren Kern nur das Zusammenwirken der beiden großen Arbeiterparteien sein konnte.

Ausschlaggebend dafür war, dass - wie oben (vor allem im Zusammenhang mit der Tolerierungspolitik und der Entscheidung des SPD-Parteiausschusses am 10. November 1932) ausführlich belegt - *der entscheidende potenzielle Partner der KPD, die die Politik von SPD und ADGB bestimmenden Kräfte **grundsätzlich** (und völlig unabhängig von der Politik und vom konkreten Verhalten der KPD!) **gegen eine Zusammenarbeit waren.***

Jedoch wäre bei einer konsequenteren Einheitsfrontpolitik der KPD, die dieser Politik noch größere Resonanz verschafft hätte, der Druck auf diese sozialdemokratischen Führungskräfte erheblich größer und **vielleicht** ausreichend gewesen, um sie zum Einlenken zu bewegen. Dabei ging es vor allem um drei Aspekte. *Erstens* war es ein grundlegendes Defizit der Einheitsfrontpolitik der KPD in diesem Zeitraum, dass sie noch nicht konsequent und *kontinuierlich* genug auf die Aktionseinheit der beiden *Parteien* gerichtet war, dass dieses Bemühen noch nicht ausreichend *erfahrungsprägend* war. *Zweitens* wirkten sich sehr negativ die teils objektiv, teils aber auch subjektiv bedingte schwache Verankerung in Betrieben und Gewerkschaften und die Schwankungen der KPD (*und der Komintern!*) in der Gewerkschaftspolitik aus. *Drittens* beweisen die Erfahrungen der Einheitsfrontpolitik der KPD in dieser Zeit exemplarisch, wie schädlich sich sektiererische, provozierende, emotionsgeladene Parolen auswirken, selbst wenn sie nichts anderes als ein "Heimzahlen mit gleicher Münze" sind.

Lehren für heute?

Zwei Vorbemerkungen: Zum einen ist natürlich die Unterschiedlichkeit der Situationen und der Probleme Anfang der 1930er Jahre und heute zu beachten. *Analogien* verbieten sich. - Zum anderen bedeutet die Reihenfolge - angesichts der Komplexität der Problematik - keine Rangordnung oder Gewichtung.

Vor allem sei auf die unbedingte Beachtung der Spezifik und des außerordentlich breiten Spektrums des antifaschistischen Kampfes - bei der jede Einengung größten Schaden anrichten kann - hingewiesen!

Dies erfordert insbesondere auch die stete Berücksichtigung der Vielfalt organisatorischer Strukturen und ihrer sehr oft *spontanen* Herausbildung. Es gibt kein Schema für Formen und Methoden! Anfang der 30er Jahre hatte die antifaschistische Bewegung ihre breiteste Basis im Massenselbstschutz. Aber auch Einheitsausschüsse, Kampfkomitees, Erwerbslosenausschüsse, Mieterausschüsse, Bauernkomitees, Kampfausschüsse gegen die Kulturreaktion, Konferenzen und Kongresse der Antifaschistischen Aktion spielten eine große Rolle. - Heute können eine ähnliche Rolle z. B. Runde Tische, Netzwerke, Bündnisse usw. spielen.

Nicht weniger wichtig als damals ist die Vermeidung sektiererischer, provozierender, abstoßender Parolen.

Wesentliche Lehren vermittelt auch die Behandlung des Verhältnisses von ideologischem und - wie man es damals nannte - "wehrhaftem" Kampf gegen Faschisten, die entschiedene Bekämpfung des Abgleitens in individuellen Terror. Dies darf aber auf keinen Fall dazu führen, Faschisten die Straße (bzw. überhaupt öffentlichen Raum) zu überlassen!

Überaus wichtig ist der Zusammenhang von antifaschistischem Kampf und sozialpolitischer Aktion. Es ist eine eminent wichtige Lehre der 30er Jahre, dass der Kampf um die demokratischen politischen Forderungen nicht isoliert vom Kampf um die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Massen geführt werden kann, dass beide Richtungen des demokratischen Kampfes fest verbunden sein müssen, was die Bedeutung aktiver Gewerkschaften einschließt.

Grundübel *damals* war das Fehlen der Aktionseinheit der *Arbeiterparteien*. *Heute* ist dieses Problem weiter/breiter und differenzierter zu sehen.

Von fundamentaler Bedeutung ist das Primat des außerparlamentarischen Kampfes. Es ist eine grundlegende Lehre der 30er Jahre, dass die Demokratie nicht durch parlamentarische Manöver, sondern allein durch den aktiven Kampf der Volksmassen geschützt werden kann. Ungemein wichtig ist eine kritische Haltung zum "Antifaschismus" des bürgerlichen Staates! Es

gilt, politischen Druck von unten zu organisieren - auf Staatsorgane, Parteien und gesellschaftliche Institutionen.

Dies um so mehr, als Regierungen und Behörden, Polizei und Justiz geradezu mit Akribie die Fehlleistungen des Weimarer Staates wiederholen, die sich vor 80 Jahren als für die bürgerliche Demokratie tödlich erwiesen haben. So, wenn neonazistische Umtriebe als legale Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und des Demonstrationsrechts bemäntelt und rechtfertigt werden. Aber wer Neonazis legalisiert, der *legitimiert* sie!

Natürlich liegt all dem ein politisches Konzept zu Grunde. Schon die Tatsache, dass die staatlichen Instanzen den Faschismus-Begriff meiden wie der Teufel das Weihwasser und statt dessen mit dem des "Nationalsozialismus", also der demagogischen Selbstdarstellung der Hitlerfaschisten hantieren, d. h. lupenreine *Naziideologie kolportieren*, spricht Bände. Neonazis und Antifaschisten werden mit Bedacht in den gleichen "Extremismus"-Topf geworfen, der Antifaschismus diffamiert und kriminalisiert, indem man ihn als "Linksextremismus" denunziert. Dass dieses Konzept und die ihm entsprechende Praxis nicht hingenommen werden dürfen, sondern entschieden bekämpft werden müssen, ist eine der wichtigsten Schlussfolgerungen aus den historischen Erfahrungen.

Anmerkungen

- 1 Zit. nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin 1966, S. 488, 487. - Vgl. Heinz Karl: Unheilvolle Allianz. Großkapital und Militär prägen seit 120 Jahren deutsche Weltpolitik. In: Geschichtskorrespondenz, Nr. 2/17. Jg., Mai 2011, S. 17 ff.
- 2 Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Nr. 50 (Berlin) 1930, S. 37/38.
- 3 1930 fanden 94 Reichstagsitzungen statt, die 98 Gesetze beschlossen; es wurden 5 Notverordnungen erlassen. - 1931 fanden 41 Reichstagsitzungen statt, die 34 Gesetze annahmen; es wurden 41 Notverordnungen erlassen. - 1932 fanden 13 Reichstagsitzungen statt, die 5 Gesetze annahmen; es wurden 66 Notverordnungen erlassen.
- 4 Vgl. Heinrich Brüning; Memoiren. 1918 - 1934, Stuttgart (1970), S. 194 - 196.
- 5 Vgl. ebenda, S. 394, 400, 465.
- 6 Vgl. ebenda, S. 462, 495/496.
- 7 Vgl. ebenda, S. 501/501
- 8 Vgl. ebenda, S. 521.
- 9 Wolfgang Abendroth: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, (Köln 1978), S. 66.
- 10 Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931, vom 31. Mai bis 5. Juni im Volkshaus. Protokoll, Berlin 1931, S. 19
- 11 Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, 9. Juli 1932.
- 12 Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/1933. Hrsg. u. bearb. v. Hagen Schulze, Bonn/Bad Godesberg (1975), S. 44.
- 13 Ebenda, S. 37.
- 14 Ebenda, S. 39.
- 15 Ebenda, S. 45.
- 16 Ebenda, S. 53, 55.
- 17 Ebenda, S. 19.
- 18 Vgl. Vorwärts, 6. Dezember 1932 (Morgenausgabe).
- 19 Vgl. Vorwärts, 18. November 1932 (Morgenausgabe).
- 20 Vgl. Vorwärts, 1. Januar 1933 (Morgenausgabe).
- 21 Das Freie Wort, H. 52/1932, S. 20/21.
- 22 Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914 - 1946, Berlin 1954, S. 265, 267.
- 23 Ebenda, S. 267.
- 24 Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 1, Berlin 1981, S. 249.
- 25 Vgl. Heinz Karl: Geschichte der KPD im Spiegel gegenwärtiger Geschichtsschreibung. In: Geschichtskorrespondenz, Nr. 4/14. Jg., Herbst 2008, S. 10/11.
- 26 Ernst Thälmann: Ausgewählte Reden und Schriften in zwei Bänden, Bd. 2, Frankfurt a.M. 1977, S. 106.
- 27 Vgl. Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation u. Chronik Mai 1932 bis Januar 1933. Hrsg. u. eingel. v. H. Karl u. E. Kücklich unt. Mitarb. v. E. Fölster u. K. Haferkorn, Berlin 1965, S. 13*.
- 28 Ebenda, S. 24.
- 29 Ebenda, S. 33.
- 30 Ebenda, S. 136.

- 31 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, Berlin (IML, ZPA), St 10/155.
- 32 Die Antifaschistische Aktion, S. 87.
- 33 IML, ZPA, St 10/49, Bd. 5. Zit. Nach: Ruth u. Walter Wimmer: Kampf dem Faschismus. Thälmann 1929/1933, Leipzig/Jena/Berlin (1986), S. 261.
- 34 Die Antifaschistische Aktion, S. 186/187.
- 35 Vgl. Gewerkschafts-Zeitung, 18. Juni 1932.
- 36 Vgl. Vorwärts, 21. Juli 1932 (Morgenausgabe).
- 37 Die Nazi-partei erlangte bei den Reichstags- bzw. Reichspräsidentenwahlen im September 1930: 6,4 Millionen Stimmen, März 1932: 11,3 Mill., April 1932: 13,4 Mill., Juli 1932: 13,8 Mill.
- 38 Vgl. Anpassung oder Widerstand, S. 41/42, 52, 68.
- 39 Die Antifaschistische Aktion, S. 354/355.
- 40 Vorwärts, 31. Januar 1933 (Morgenausgabe).
- 41 Heinz Niemann/Helmut Arndt: Auf verlorenem Posten? Zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei. Zwei Beiträge zum Linkssozialismus in Deutschland, Berlin(1991).
- 42 Leo Trotzki: Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats, Berlin 1932, S. 22, 23, 54.
- 43 August Thalheimer: Programmatische Fragen, Mainz (1993), S. 65.
- 44 A. Thalheimer: Grundlagen und Wege der faschistischen Entwicklung in Deutschland. In: Der Faschismus in Deutschland, Bd. 1, o.O. 1981, S. 91.
- 45 Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition). Beschlossen auf der dritten Reichskonferenz zu Berlin, Dezember 1930. Hrsg. v. der Gruppe Arbeiterpolitik, o.O.u.J., S. 45.
- 46 A. Thalheimer: Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?, Berlin 1932, S. 13, 19.
- 47 W. Abendroth: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, S. 67.

Dr. Ulrich Schneider

Antifaschismus heute - Aktualität historischer Kampferfahrungen

Wenn wir uns mit dem Thema "Antifaschismus heute" beschäftigen, dann dürfen wir die historischen Erfahrungen nicht affirmativ rezipieren, sondern müssen uns auch Gedanken darüber machen, welche politischen Versäumnisse und Debatten die Niederlage des Jahres 1933 verursacht hat. Und wir müssen uns außerdem klar machen, dass 1933 nicht eine Niederlage unter verschiedenen anderen, die die Arbeiter- und demokratische Bewegung erlitten hat, war, sondern dass diese Zäsur viel grundlegender als alle vorher und nachher war.

Daher möchte ich meine Ausführungen beginnen mit einem Zitat des unvergessenen Antifaschisten und Kommunisten Peter Gingold aus seinen autobiographischen Aufzeichnungen "Paris - Boulevard St. Martin No. 11". Er schreibt dort: Ich erkläre "in meinen Reden: 1933 wäre verhindert worden, wenn alle Hitlergegner die Einheitsfront geschaffen hätten. Dass sie nicht zustande kam, dafür gab es für die Hitlergegner in der Generation meiner Eltern nur eine einzige Entschuldigung: Sie hatten keine Erfahrung, was Faschismus bedeutet, wenn er einmal an der Macht ist. Aber heute haben wir alle diese Erfahrung, heute muss jeder wissen, was Faschismus bedeutet. Für alle zukünftigen Generationen gibt es keine Entschuldigung mehr, wenn sie den Faschismus nicht verhindern."

Für mein Referat kann also nicht der Titel der heutigen Konferenz "Hätte die faschistische Diktatur in Deutschland verhindert werden können?" das erkenntnisleitende Interesse sein, sondern die Aussage, die Frage: Was müssen wir heute tun, damit solch eine Herrschaft nie wieder möglich wird?

Und Peter selber hat in all den Jahren seines politischen Handelns deutlich gemacht, dass er nicht nachließ im Kampf gegen jede Form neofaschistischer Bedrohung. Er machte dies als Zeitzeuge in Schulen und Jugendgruppen, als Referent bei wissenschaftlichen Konferenzen oder - und da fühlte er sich besonders wohl - im gemeinsamen Handeln mit Angehörigen der jüngeren Generationen auf der Straße gegen Naziprovokationen. Er hat die richtigen Konsequenzen gezogen. Aber auch für uns stellt sich immer wieder neu die entscheidende Frage: Was müssen wir heute gelernt haben? Welche historischen Kampferfahrungen müssen wir

heute berücksichtigen, um tatsächlich gegen ein Wiederaufleben faschistischer Gefahr erfolgreich ankämpfen zu können?

Ich denke, wir müssen Antworten auf verschiedene Fragen geben:

- a) Gegen wen bzw. was muss sich der politische Kampf richten?
- b) Wie muss der Kampf geführt werden?
- c) Mit wem muss der Kampf geführt werden?
- d) Was bedeutet - daraus abgeleitet - "Antifaschismus"?

a) Gegen wen bzw. was muss sich der politische Kampf richten?

Nicht nur meine Organisation, die VVB-BdA, hat sich den Schwur der überlebenden Häftlinge des KZ Buchenwald zur Richtschnur gemacht. Darin heißt es, "die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung!" Und ich denke, hier finden wir die erste zentrale Kampferfahrung formuliert. Der Kampf gegen Faschismus kann nicht nur gegen seine Erscheinungsformen - in welcher Form von Organisationszusammenhängen sie auch immer auftreten - geführt werden, sondern es geht um die Vernichtung seiner gesellschaftlichen Wurzeln. Natürlich war es nach der Befreiung von Faschismus und Krieg völlig unstrittig, dass die Verantwortlichen "vor ein Gericht der Völker" zu stellen seien und dass ihre Organisationen aufzulösen sind. Aber den Überlebenden von Buchenwald war ebenfalls klar - und zwar unabhängig von ihrer jeweiligen politischen Überzeugung -, dass es nicht damit getan ist, das politische Personal auszutauschen oder Organisationen aufzulösen, sondern es müssen die "Wurzeln" des Faschismus beseitigt werden. Und das bedeutet, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse so gestaltet werden müssen, dass faschistische Bestrebungen keinen Raum und keine Anknüpfungsmöglichkeiten besitzen.

Das erfordert im eigentlichen Sinne eine Doppelstrategie, wie sie in Ansätzen schon in der Antifaschistischen Aktion in der Endphase der Weimarer Republik realisiert wurde. Es ging damals einerseits darum, dem Auftreten von Naziorganisationen entgegenzutreten und sich und andere Betroffene faschistischer und rassistischer Gewalt gegen Übergriffe der extremen Rechten zu schützen. Gleichzeitig erkannte man aber auch die Notwendigkeit, eine politische Bewegung zu entfalten, die die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Nazismus möglich machen, im antifaschistischen Sinne verändern sollten. Und die Antifaschistische Aktion versuchte außerdem an den Stempelstellen und Fürsorgeeinrichtungen insbesondere diejenigen für diesen Kampf zu gewinnen, die als bevorzugtes Ziel der faschistischen Demagogie angesehen wurden, die Erwerbslosen oder das deklassierte Lumpenproletariat.

Und wenn wir diese Erfahrung auf die heutige Zeit versuchen umzusetzen, dann bedeutet das, dass einerseits der Kampf gegen NPD-Aufmärsche und andere Provokationen von "Freien Kameradschaften" zu führen ist, dass zweitens der Kampf für die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse, die Faschismus hervorbringen, geführt werden muss und dass in diesem Kampf gleichzeitig diejenigen gewonnen werden müssen für gemeinsames und solidarisches Handeln gegen die politischen Zustände, die Opfer der kapitalistischen Krise und der sozialen Deklassierung sind.

Dies mag sich etwas abstrakt anhören, daher möchte ich diese Aussage konkretisieren: Antifaschistisches Handeln richtet sich also gegen das Auftreten von alten und neuen Nazis in jeglicher Form. Damit sind nicht allein Massenaktionen der Neonazis wie in Dresden gemeint, sondern auch Auftritte, bei denen sie sich populistisch als Partei der "kleinen Leute" darstellen wie bei Kinder- und Nachbarschaftsfesten z. B. in Mecklenburg-Vorpommern, sind durch öffentlichen Protest zu begleiten - möglichst natürlich zu verhindern. Es muss deutlich werden, dass die politische Ideologie und Praxis dieser Partei in keiner Hinsicht als "Normalität" angesehen werden kann. Es sollte im Rahmen einer antifaschistischen Strategie und ihren Aktionen nicht nur darum gehen, die jeweiligen Nazigruppen in ihrem öffentlichen Auftreten zu "ärgern", sondern der breite gesellschaftliche Protest hat die Funktion, die politischen Räume für extrem rechtes Handeln, für Aufmärsche, Ideologie und Propaganda einzuschränken.

Und wenn wir uns gegen das Auftreten von Neonazis und Rechtspopulisten in jeder Form wenden, dann bedeutet das auch, dass wir uns insbesondere dann ihnen entgegen stellen müssen, wenn diese Gruppen populistische Forderungen und reale Probleme von Menschen aufgreifen. Die historischen Kampferfahrungen besagen, dass die SA oftmals an den Stempel-

stellen an Arbeitslose und Verzweifelte herangetreten ist und sie mit national-revolutionären Parolen versuchte zu ködern. An solche Bestrebungen fühlt man sich erinnert, wenn man das Auftreten von Neonazis auf Montagsdemonstrationen oder bei Anti-Globalisierungsprotesten beobachtet. Hier gilt es deutliche Trennlinien zu ziehen: Nazis sind kein Partner in der "Occupy-Bewegung", sie sind kein Partner in der Umweltbewegung, sie sind kein Partner in den sozialen Auseinandersetzungen, selbst wenn sie sich in Worten angeblich den Vorschlägen anschließen. Denn ihre Begründungen sind jedoch teils offen, teils indirekt rassistisch, antisemitisch oder völkisch. Wer "Erhöhung des Kindergelds - für Deutsche" fordert, wer statt dem Profit der Banken die "Ostküste" - ein antisemitisches Stereotyp - kritisiert, der macht klar, dass er nicht für soziale Forderungen eintritt, sondern für Rassismus. Damit dürfte klar sein, dass für solche Ideologie kein Platz in gesellschaftlichen Bewegungen ist.

Das gleiche gilt insbesondere auch für die Friedensfrage, wo man in Parolen und einzelnen Aufmärschen ein propagandistisches Auftreten von Neonazis gegen den Krieg in Afghanistan bzw. die Kriegsdrohung gegen den Iran erleben kann. Um hier eine politische Trennschärfe zu erreichen, hilft ebenfalls ein Rückgriff auf die historischen Kampferfahrungen: Antifaschistische Politik war und ist immer Friedenspolitik. Im Schwur von Buchenwald heißt es "Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit". Die Losung aller Nazigegner 1945 lautete gleichfalls "Nie wieder Krieg". Aber gerade dies bedeutet, sehr genau darauf zu achten, dass man nur mit denjenigen gemeinsam handelt, die ernsthaft für Friedenspolitik eintreten. Die neonazistische Argumentationslinie gegen Kriegseinsätze hat nun aber gerade nichts mit "Frieden und Freiheit" zu tun, sondern dockt an nationalistische Positionen ("Kein deutsches Blut für fremde Interessen") oder gar rassistische Losungen an. Hier gilt es den Internationalismus im Friedenskampf zu bewahren und im Sinne des Buchenwald-Schwurs deutlich zu machen, dass Friedenskampf mit Demokratie und Freiheit zusammenhängt - nicht mit Nationalismus und Rassismus.

Und damit haben wir eine weitere Grundlage antifaschistischer Orientierung heute - nämlich das Eintreten für bzw. Verteidigung der demokratischen Errungenschaften und gesellschaftlichen Freiheiten. Die Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes schon in der Weimarer Zeit machen deutlich, dass es darum gehen muss, einem schleichenden Abbau von Freiheitsrechten rechtzeitig und in aller Deutlichkeit entgegenzutreten. Gerade das Handeln gegen rechts erfordert den gesellschaftlichen Freiheitsraum. Bekanntermaßen war die Justiz in der Weimarer Republik "auf dem rechten Auge blind" und hat die Antifaschisten wegen Verstoßes gegen den Republikenschutz-Paragrafen angeklagt, während angeklagte Nazis - wenn sie überhaupt vor Gericht gestellt wurden - in der Regel auf Milde rechnen konnten. Wer zu heutigen Verhältnissen - insbesondere mit Blick auf die sächsischen Justizbehörden - Analogien entdeckt, der liegt sicherlich nicht falsch. Daher muss eine inhaltliche Perspektive des antifaschistischen Handelns auch sein, sich in aller Deutlichkeit gegen die Einschränkung des Demonstrationsrechts, gegen flächendeckende Überwachung von Handygesprächen und den Abbau anderer demokratischer Freiheiten einzusetzen.

Dabei ist dieser Freiheitsanspruch nicht "abstrakt". Solche Rechte - erkämpft gegen den Faschismus - können nicht für eine Politik und ein Handeln gelten, die sich in der Tradition dieses Faschismus eben diese Unfreiheit zum Ziel gesetzt haben. Als Ausdruck dieser notwendigen Unterscheidung kann die Losung der VVN-BdA, die mittlerweile von zahllosen Gruppen und Initiativen übernommen wurde, gelten: "Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!" Und dieses Verbrechen richtete sich gegen alle, die aus politischen oder rassistischen Gründen als Volksfeinde oder "Minderwertige" denunziert wurden. Das Wissen um diese Ausgrenzung, aber auch die Erfahrung der internationalistischen Solidarität nicht allein im KZ Buchenwald, die im Ergebnis zur Selbstbefreiung des Lagers führte, bringt mich zu dem letzten Grundaspekt antifaschistischer Politik heute, das Handeln gegen politische und rassistische Ausgrenzung und damit auch gegen jeglichen Rechtspopulismus. Dieses Eintreten richtet sich gegen jegliche Form von Stigmatisierung und Bezeichnung von Menschen als "minderwertig". Es ist in seiner Konsequenz rassistisches und faschistisches Denken, sich über andere gesellschaftliche Gruppen und insbesondere Minderheiten erheben zu wollen und sie auszugrenzen.

Unser langjähriger Ehrenpräsident Martin Niemöller, Pfarrer der Bekennenden Kirche und späterer Kirchenpräsident der evangelischen Landeskirche von Hessen und Nassau formulierte dies sehr eindrucksvoll: *"Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, ich war*

ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte."

b) Wie muss der Kampf geführt werden?

Gerade die Erfahrungen des antifaschistischen Handelns vor 1933 und die Vielfalt der Zugänge im antifaschistischen Widerstand unterstreichen anschaulich, dass Antifaschismus heute nicht auf eine oder wenige Aktionsformen reduzierbar ist, sondern ebenso wie die verschiedenen Handlungsfelder auch Bewegungsformen beinhaltet.

Zielrichtung ist es dabei, auf den gesamtgesellschaftlichen Diskurs so einzuwirken, dass die politische Situation im antifaschistischen Sinne beeinflusst wird. Damit ist klar, dass sich Aktionsformen und politische Strategien danach ausrichten sollten, wie sie den größtmöglichen Einfluss auf die gesellschaftlichen Debatten nehmen können. Für mich heißt das, dass vom Handeln der antifaschistischen Kräfte klare Botschaften ausgehen müssen *für diejenigen*, die in diesen Aktionen beteiligt sind bzw. sich beteiligen sollen, *an diejenigen*, die nach unserer Einschätzung politisch für die Verhältnisse/Situationen verantwortlich sind, und *gegen diejenigen*, die wir mit unserem Handeln stoppen oder behindern wollen. Wenn man diese drei Perspektiven in den Blick nimmt, dann ziehen wir damit auch Lehren aus den geschichtlichen Erfahrungen. Gerade in der Weimarer Republik konzentrierte sich der politische Kampf oftmals auf die dritte Ebene, indem man in ganz handgreiflicher Weise der SA und den anderen Nazi-Verbänden versuchte, ihre Grenzen aufzuzeigen. Ganz selten nur kam es zu solchen Aktionen wie die antifaschistische Kundgebung vom Juni 1932 in Kassel, auf der die Eiserne Front, die Antifaschistische Aktion, alle freien Gewerkschaften und liberale Kräfte - also das demokratische Spektrum über alle parteipolitischen Grenzen hinweg - mit 20 000 Nazigegnern auf dem Friedrichsplatz gegen eine Provokation von Roland Freisler, der damals Fraktionsvorsitzender der NSDAP im Kasseler Stadtparlament war, demonstrierten. Diese Gemeinsamkeit hielt damals nur wenige Tage. Zu stark waren die unterschiedlichen Eigeninteressen und die Vorbehalte gegenüber den jeweils anderen teilnehmenden Partnern. An solche Erfahrungen knüpfte Peter Gingold in dem Eingangszitat an. Er hatte erlebt, dass die Einheit möglich war, und was geschah, als diese Einheit leichtfertig verspielt wurde.

Wenn wir uns heute klar machen, dass diese Zersplitterung der antifaschistischen Bewegung einer der Gründe war, die die Machtübertragung ermöglicht haben, dann müssen heute daraus politische Schlussfolgerungen gezogen werden. Es kann und darf nicht darum gehen, die eigene politische Einschätzung der Situation zur Richtschnur für alle Beteiligten einer Aktion zu machen, sondern *antifaschistisches Handeln* sollte möglichst viele Menschen unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Orientierung die Möglichkeit zur aktiven Mitwirkung eröffnen.

Dies bedeutet natürlich nicht, dass es um eine "Beliebigkeit" der inhaltlichen Aussage gehen kann, aber die Aussage, auf die wir uns verständigen, muss so formuliert sein, dass niemand sich ausgegrenzt fühlen muss, da beispielsweise parteipolitische Einschätzungen dominieren. Um es konkret zu machen: Wenn wir gegen einen Neonazi-Aufmarsch mobilisieren, dann muss ich selbstverständlich auch etwas über das zumeist ambivalente Verhältnis der Polizei und der Ordnungsbehörden zu diesen Aufmärschen sagen. Aber ich sollte von niemandem verlangen, dass er die Polizei dafür verurteilt, wenn sie das Versagen der Politiker umsetzen muss, bevor ich ihn als Mitstreiter in der gemeinsamen antifaschistischen Aktion akzeptiere.

Unsere Schlussfolgerung aus der Geschichte sollte es daher sein, dass möglichst viele Menschen in den Aktionen eingebunden werden. Denn solche Massenaktionen wirken zurück auf das gesellschaftliche Klima, so dass es Neonazis und anderen extremen Rechten schwerer wird, für ihre Thesen Akzeptanz zu finden. Zudem erinnere ich an eine weitere Erkenntnis aus noch älterer Zeit, die etwas über politische Lernprozesse besagt. 1875 schrieb Karl Marx im Zusammenhang mit seiner Kritik am Gothaer Programm an Wilhelm Bracke: "Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme." (MEW, Bd. 19, S. 13) Und dabei erfolgt der wichtigste politische Lernprozess im eigenen politischen Handeln. Für die antifaschistische Strategie bedeutet das, dass diejenigen, die bei solchen Aktivitäten beteiligt waren, eigene Lehren für ihr zukünftiges politisches Handeln ziehen. Ob sie sich in organisierter Form

engagieren oder von Fall zu Fall, ist dabei unerheblich, wichtig ist, dass sie zu der Gruppe gehören, die nicht ansprechbar für extrem rechte Ideologie und Propaganda ist.

Und wenn es darum geht, den politisch Verantwortlichen zu zeigen, dass sie klarer gegen Provokationen der extremen Rechten vorgehen sollten, sich nicht hinter juristischen Formalitäten verstecken können, dafür sind nicht militante Aktionen zentral, sondern Massenaktivitäten, in denen im Idealfall 20 000 Menschen auf der Straße zeigen, was sie von der verfehlten Politik halten. In Dresden konnte man in diesem Jahr deutlich erkennen, dass die Massenaktionen der vergangenen Jahre Wirkung auf die etablierte Politik und die Stadtverwaltung gehabt hatten. Die Entscheidung, keine Kränze niederzulegen, die Genehmigung von Aktionen in "Hör- und Sichtweite" der Neonazis, die Genehmigung des Rundgangs auf den Täterspuren ohne diskriminierende Auflagen, all das unterstreicht, dass die öffentlichen Einrichtungen auf den politischen Druck der antifaschistischen Aktionen der vergangenen Jahre und deren öffentlichen Wirkung reagiert haben.

Wichtig dabei ist es auch, dass es nicht gelungen ist, die verschiedenen politischen Aktionsformen gegeneinander auszuspielen, im Sinne von: Dies sind die "guten" Nazigegner und jenes sind die "bösen" Antifaschisten, wie es Sachsens Innenminister Markus Ulbig im Januar diesen Jahres mit seiner These, Antifaschismus sei nicht die richtige Antwort auf die Naziaufmärsche, versucht hatte.

Ganz entscheidend ist - und auch das ist eine Erfahrung aus der Geschichte, die wir berücksichtigen sollten -, dass innerhalb der antifaschistischen Bewegung ganz unterschiedliche Aktionsformen gleichberechtigt ihren Platz haben müssen. Jeder von uns hat solche Aktionen schon selber miterlebt, wie z. B. Mahnwachen, Menschenketten und Kundgebungen, die an einem anderen Ort der Stadt durchgeführt werden, um ein gesellschaftliches Gegensignal zu setzen, "Fegt den braunen Dreck weg" - eine symbolische Aktion nach genehmigten Naziaufmärschen, Aktionen, die in Hör- und Sichtweite der extremen Rechten stattfinden und durch Glockengeläut, "unfreundliche Musikbeschallung" oder andere Formen die Wirkung der Nazi-propaganda einschränken sollen. Und natürlich gehören zu diesen Aktionsformen auch die vielfältigen Versuche, Aufmärsche von Neonazis zu verhindern. In Reaktionen auf die Kriminalisierung antifaschistischen Handelns im Gefolge der Aktionen in Dresden 2010 und 2011 initiierte die VVB-BdA einen Aufruf: "Blockieren ist unser Recht". Es geht also darum deutlich zu machen, dass auch aktiver Widerstand gegen Naziprovokationen von der Grundlage unserer Verfassung gedeckt ist.

Mit dieser Aufzählung wollte ich niemanden langweilen oder vollkommen Neues berichten, sondern deutlich machen, welche Bandbreite antifaschistischer Aktionen möglich ist. Und es darf aus unserer Sicht keine Ausgrenzung von sinnvoller Militanz im antifaschistischen Handeln geben. Für mich findet sich die Grenze dort, wo es um Gewalt gegen Menschen und um Auseinandersetzungen mit der Polizei anstelle des Handelns gegen Neonazis geht.

Zum antifaschistischen Handeln gehört heute aber nicht nur die direkte Aktion gegen Naziaufmärsche und andere Provokationen, sondern im gleichen Maße *die historische Aufklärungsarbeit*. Das unterscheidet zumeist die Arbeit der VVN-BdA von vielen anderen antifaschistischen Initiativen oder gesellschaftlichen Gruppen, die mit uns gegen Nazi-Aktionen auf der Straße zu finden sind. Für uns geht es auch darum, die historischen Erfahrungen - im Sinne der eingangs zitierten Aussage von Peter Gingold - an die heutigen Generationen weiterzugeben. Es geht dabei um geschichtliche Erfahrungen und um die historischen Perspektiven unserer Arbeit.

Zu den *geschichtlichen Erfahrungen* gehört zum Beispiel die Erkenntnis, dass dem Vormarsch der extrem rechten Kräfte rechtzeitig und gemeinsam entgegen getreten werden muss. Rechtzeitig bedeutet, nicht erst zu handeln, wenn aus den Anfängen faschistischer Strukturen eine einflussreiche Kraft geworden ist, sondern dann, wenn deren Auftreten für uns als Antifaschisten erkennbar wird. Das können Aufmärsche und andere Aktivitäten sein, das kann aber auch die verstärkte Präsenz im gesellschaftlichen Raum, in Jugendzentren, in Schulen und bei Treffpunkten oder in Veranstaltungen sein. Eine historische Erfahrung ist auch, dass Stigmatisierungen und Ausgrenzungen nicht von heute auf morgen verordnet werden können, sondern dies ein schleichender Prozess ist. Ein Prozess, der mit rassistischen und antisemitischen Sprüchen beginnt und mit Hetzjagden und Brandstiftungen endet. Also muss es darum gehen, solche Ausgrenzungen auch im vopolitischen Raum ("Die Lufthoheit über die Stammtische

zurückerobern") zu bekämpfen. Und wenn ein Herr Sarrazin seine rassistischen Thesen 1,3 Millionen Mal verkauft, dann wird deutlich, welches Potenzial rassistischen Denkens in dieser Gesellschaft besteht, gegen dessen Mobilisierung wir politisch handeln müssen.

Und ebenfalls ist es notwendig, demokratische Rechte und Freiheiten zu verteidigen. Immer wieder hört man von jungen Leuten, dass dieser Staat sowieso repressiv sei und man sich die "Freiheit" einfach nehmen müsse. Das mag aus ihrer Perspektive eine gewisse Berechtigung haben, vergisst aber, dass demokratische Rechte und Freiheiten nicht "vom Himmel gefallen" sind, sondern im Kampf, insbesondere auch als Antwort auf die faschistische Terrorherrschaft errungen wurden. Solche Freiheiten nicht zu verteidigen bedeutet, dass man Errungenschaften des antifaschistischen Widerstandes kampflos aufgibt.

Zu den historischen Erfahrungen, die es zu bewahren gilt, gehören auch einige Grundkenntnisse, die das herrschende Geschichtsbild gerne verdrängen würde, nämlich wer die Nazis 1933 an die politische Macht brachte. Wenn man von einem "sozialen Protest der kleinen Leute" (Görtz Aly) spricht, von deklassierten Kleinbürgern oder einem "antisemitischen Projekt" der deutschen Bevölkerung (gerne in "Antideutschen" Zirkeln benutzt), dann verdrängt man, dass es die zentralen Kräfte der Großindustrie, der Banken und der reaktionären Großagrarier waren, die die NSDAP als Krisenlösung favorisierten und deren Organisationen massiv mit Geldmitteln und politischem Einfluss unterstützten. Das zu wissen, bedeutet nicht zu behaupten, dass heute das Großkapital einen faschistischen Ausweg propagieren würde. Aber es weist auf die gesellschaftlichen Triebkräfte hin, die ein Interesse an einem reaktionären Ausweg aus der Krise haben. Sie in den Blick zu nehmen ist deshalb ebenso wichtig wie die Beobachtung der einzelnen Entwicklungsformen extrem rechter Gruppen, Parteien und Strukturen.

Antifaschistische Perspektiven in der Erinnerungsarbeit haben noch eine weitere Dimension. Es kann nicht darum gehen, eine "wertneutrale" Geschichtsbetrachtung vorzunehmen, sondern wir stehen für eine "parteiliche Geschichtssicht", die die Ereignisse aus der Sicht der Antifaschisten, der Häftlinge und Überlebenden der Haftstätten betrachten. Das ist in jeder Hinsicht eine wissenschaftliche Position, aber sie entwickelt eine eigene Sichtweise, die keine abstrakte "Neutralität" propagiert. Auch wendet sich diese Geschichtsperspektive gegen jenen Ansatz der "Multiperspektivität", wenn sich dies als Offenheit für jede beliebige Sichtweise darstellt. Für Historiker ist es sicherlich von Interesse, auch die Perspektiven der Täter und der Mitläufer in die Untersuchung einzubeziehen - eine Frage, die viel zu lange vergessen wurde. Damit werden gesellschaftliche Triebkräfte und Akteure sichtbar, die für die Sicherung der faschistischen Herrschaft unabdingbar waren.

Im Sinne einer antifaschistischen Geschichtsvermittlung ist es aber geboten, dass das Handeln und die Situation der Verfolgten und Frauen und Männer aus dem Widerstand den Fokus unseres Interesses bilden. Dieses um so mehr, als durch das Ausscheiden der Zeitzeugengeneration es immer schwerer wird, solche Perspektiven an die nachgeborenen Generationen weiterzugeben. Deren Ausscheiden hinterlässt eine nicht zu schließende Lücke, wenn man einmal bedenkt, auf welche Weise viele der heute aktiven Antifaschisten zu ihrer Überzeugung gekommen sind. Es waren Begegnungen mit Überlebenden, mit ehemaligen Häftlingen, mit Kämpfern der Spanischen Republik und anderen Aktivisten, die uns als Nachgeborene geprägt haben. Deren Überzeugungskraft, deren Beispiel war es, das den Gedanken des Antifaschismus für uns lebendig werden ließ. Wenn diese Generation fehlt, dann müssen wir selber als "Zeugen der Zeitzeugen" diese Aufklärungsarbeit leisten, wohl wissend, dass wir in keiner Weise ein solches Maß an Überzeugungskraft und Authentizität erreichen können. Dennoch wird es auf uns ankommen, dass die Erinnerungen der ehemaligen Häftlinge, der ehemaligen Kämpfer nicht verloren gehen.

c) Mit wem muss der Kampf geführt werden?

Ausgehend von dem letzten Gedanken bedeutet es, dass wir uns insbesondere an die Angehörigen der jungen Generation wenden. Und tatsächlich sind die Angehörigen dieser Generationen besonders offen für antifaschistische Politik. In einer Untersuchung über die "Autonome Antifa" in Deutschland definieren die Autoren die Antifa sogar als Bewegung der 16- bis 30-Jährigen. Wenn man deren militante Aktionsformen betrachtet, dann mag das stimmen, aber unser Verständnis von Antifaschismus ist weitaus breiter, nämlich ein generationsüber-

greifendes gesellschaftliches Bündnis, das keine parteipolitische Bindung oder Ausgrenzung kennt.

Dabei gibt es meines Erachtens schon originäre Bündnispartner insbesondere in den Kräften der organisierten Arbeiterbewegung. Ausgehend von der historischen Erfahrung, dass eines der zentralen Elemente faschistischer Ideologie die Gegnerschaft gegenüber den Arbeiterorganisationen war und dass die Arbeiterparteien und Gewerkschaften die ersten Opfer faschistischer Verfolgung waren, werden diese gesellschaftlichen Kräfte zu wichtigsten Partnern im antifaschistischen Handeln heute. Da aber Rassismus und - in seiner eliminatorischen Form - Antisemitismus ebenfalls ein Grundelement faschistischer Ideologie und Praxis sind, haben wir in den Organisationen der Migranten und Strukturen der jüdischen Gemeinschaft ebenfalls Partner, auch wenn sie möglicherweise einen anderen Zugang zu politischen Fragen haben als unsere Organisationen.

Da Faschismus die Negation aller demokratischen Rechte und Freiheiten bedeutet, müssen wir in unserem Handeln so breit aufgestellt sein, dass in unserem Kampf Platz für verschiedene politische Orientierungen ist, die sich beispielsweise auf die Verteidigung der bürgerlichen Freiheitsrechte fokussieren.

Das bedeutet, dass trotz aller Nähe zu den Parteien der Arbeiterbewegung wir keine parteipolitische Vereinnahmung oder gar Verengung zulassen dürfen. Und das sage ich auch ganz bewusst im Rahmen dieser Konferenz. Es ist sicherlich leichter, die LINKE oder die DKP, die von ihrer eigenen Programmatik und ihrem geschichtlichen Verständnis mit dem antifaschistischen Kampf verbunden sind, für gemeinsame Aktionen zu gewinnen. Das darf uns aber nicht dazu veranlassen, die Zusammenarbeit mit anderen Kräften und Parteien zu vernachlässigen.

Eine Zusammenarbeit von DKP, KPD, Kommunistischer Plattform in der Partei DIE LINKE und vielleicht noch [solid] ist aus meiner Sicht kein antifaschistisches Bündnis, sondern nur die Kooperation von unterschiedlichen linken Strömungen.

Ein antifaschistisches Bündnis muss erheblich weiter gefasst sein - hier ist Platz für jeden und alle, die glaubwürdig und ehrlich der Gefahr des Faschismus oder der Bedrohung des Friedens entgegentreten wollen - ungeachtet ihrer grundsätzlichen politischen, gesellschaftlichen oder religiösen Überzeugung.

Und es dürfen keine "Vorbedingungen" formuliert werden, mit der einen Ausnahme, dass eine klare Trennlinie zu extrem rechter Ideologie und Politik gezogen wird.

Natürlich ist es wichtig, dass in der antifaschistischen Bewegung darum gerungen wird, eine inhaltliche Klarheit zu erreichen, was Faschismus war, welche Rechtstendenzen wir gegenwärtig in unserer Gesellschaft erleben und gegen was sich der antifaschistische Kampf grundsätzlich richten müsse. Solche ideologische Klarheit anzustreben, ist für jede politische Gruppe legitim. Die damit verbundenen Überzeugungen und Konsequenzen aber als Voraussetzung antifaschistischer Arbeit zu definieren, ist nicht nur unzulässig, sondern sektiererisch. In den letzten Jahren wird in der antifaschistischen Bewegung - sowohl national als auch international - intensiv die Debatte darüber geführt, ob es nicht dringend geboten sei, die gesellschaftlichen Verhältnisse und die herrschenden Kräfte ("den Imperialismus") deutlicher zu kritisieren, anstatt den Kampf auf die Zurückweisung extrem rechter Provokationen und die Verteidigung demokratischer Errungenschaften und Freiheiten zu fokussieren. Ausgehend von den Erfahrungen des historischen antifaschistischen Kampfes sollte jedoch klar sein, dass für das gemeinsame Handeln keine Vorbedingungen gemacht werden dürfen. Wer den Partisanen half, half ihnen nicht, weil er oder sie das "Kommunistische Manifest" oder ein Parteiprogramm gelesen hatte, sondern weil er oder sie die faschistische Herrschaft als Bedrohung der persönlichen Freiheit und Unversehrtheit, der eigenen religiösen oder politischen Überzeugung oder der nationalen Souveränität seiner Heimat empfand.

Hier keine Vorbedingungen zu machen heißt auf der anderen Seite aber auch, keine Ausgrenzungen gegenüber denjenigen zuzulassen, die mit größerem Aktivismus als andere den Neonazis entgegentreten. Wir unterscheiden also nicht, wie schon einmal formuliert, zwischen "gutem" oder "schlechtem" Antifaschismus, sondern nur zwischen aktiven und möglicherweise weniger aktiven Antifaschisten.

d) Was bedeutet - daraus abgeleitet - "Antifaschismus"?

Immer wieder kommt dabei die Diskussion auf, ob sich Antifaschismus in der Reaktion auf extrem rechte Provokationen erschöpft. Unsere Organisation, gegründet von den Überlebenden der Lager und Haftstätten, den ehemaligen Verfolgten des Naziregimes, hatte schon in der Gründungsphase ihre Vorstellungen für einen antifaschistisch-demokratischen Neubeginn formuliert, Forderungen, die teilweise in den ersten Landesverfassungen Eingang fanden. Hier ging es um ein ganzes Bündel an politischen Maßnahmen, die verhindern sollten, dass es je wieder zu einer faschistischen Bedrohung kommen könnte.

Ausgehend von diesen Überlegungen haben wir bereits in den 80er Jahren in der alten Bundesrepublik die Diskussion geführt, dass antifaschistisches Handeln sich nicht nur in der Reaktion auf das Auftreten von NPD, REPs und anderen Neonazi-Gruppen beschränken darf, sondern Antifaschismus eine gesellschaftliche Überzeugung sein müsste. Wir hatten damals die Losung entwickelt: "Antifaschismus ist mehr als eine Gegenbewegung".

Und anlässlich des 50. Gründungsjubiläums 1997 stellten wir die Aussage in das Zentrum: "Zukunftsentwurf Antifaschismus". Dabei haben wir Antifaschismus nicht als Gesellschaftsmodell verstanden - er hat Platz für verschiedene Gesellschaftsvorstellungen -, sondern vergleichbar dem antifaschistisch-demokratischen Neubeginn nach der Befreiung von Faschismus und Krieg einige positive gemeinsame Grundannahmen formuliert:

- Kampf um die Erhaltung und Erweiterung demokratischer Rechte und Freiheiten
- Ausweitung der Demokratie und der gesellschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten
- Gegen Kriegspolitik und Aufrüstung, Eintreten für friedliche Konfliktlösungen - insbesondere in zwischenstaatlichen Konflikten
- Verbesserung der sozialen Sicherungssysteme und gemeinsames Handeln für soziale Gerechtigkeit
- Durchsetzung der Sozialisierung von Schlüsselindustrien und gesellschaftlich notwendigen Ressourcen, um die Voraussetzungen für eine sozial gerechtere Gesellschaft schaffen zu können
- Anerkennung der historischen Leistungen der Frauen und Männer aus dem antifaschistischen Kampf.

Wichtig war uns dabei nicht die inhaltliche Anerkennung aller gesellschaftlichen Perspektiven, sondern die Bereitschaft für gemeinsames aktives Handeln für diese Ziele.

Vergleichbare Grundaussagen hatte 1990 der in der damaligen DDR gegründete "Bund der Antifaschisten" in die Formulierung "Antifaschismus ist Humanismus in Aktion" gekleidet. Auch hier ging es nicht um ein Gesellschaftsmodell, sondern um die Bereitschaft zum gemeinsamen antifaschistisch-demokratischen Handeln. Dass es im politischen Alltag auch um die Aufarbeitung der Verwerfungen der sozialistischen Entwicklung ging, hatte nichts mit der Frage der antifaschistischen Orientierung zu tun, sondern mit der kritischen Reflexion der eigenen Erfahrungen, die einerseits von dem staatlichen Anspruch des Antifaschismus ausgingen, gleichzeitig aber auch die Auflösung einer eigenständigen antifaschistischen Organisation VVN 1953 in den Blick zu nehmen hatte. Diese Selbstvergewisserung ist sicherlich immer wieder nötig, sollte aber nicht den Blick für die zukünftigen Perspektiven und Aufgaben überlagern.

Dass dieses möglich ist, haben wir vor 14 Tagen gezeigt, als wir in Frankfurt/Main den 65. Geburtstag der gesamtdeutschen Organisation, in der sich all diese historischen Erfahrungen bündeln, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), gemeinsam begingen. In der Einladung zu dieser Veranstaltung formulierten wir: "Auch wenn bald keine Angehörigen der Gründergeneration mehr in unseren Reihen stehen werden, bleibt die Weitergabe ihrer Erfahrungen, das Wachhalten der Erinnerung daran, dass antifaschistischer Widerstand möglich und notwendig war, unser spezifischer Beitrag zur politischen Kultur dieses Landes. Wir werden die moralische und menschliche Autorität unserer Gründerinnen und Gründer nicht ersetzen können. Doch wir können und wollen dazu beitragen, dass nachfolgenden Generationen die Wiederholung ihrer leidvollen Erfahrungen erspart bleibt." Und in diesem Sinne haben wir die Geburtstagsfeier unter das Motto gestellt: "Fortsetzung folgt", denn die historischen Kampferfahrungen bleiben für uns und die demokratische Bewegung im Allgemeinen von hoher Aktualität.

Dr. Kurt Laser

Gedanken zum Thema

Die Geschichte ist so verlaufen, wie sie verlaufen ist. Historiker sollten sich eigentlich nicht an Spekulationen "Was wäre, wenn?" beteiligen. Trotzdem tun sie es immer wieder. Vielleicht kann man ja doch etwas aus der Geschichte lernen, auch wenn Churchill gesagt haben soll: "Man kann aus der Geschichte nur lernen, dass man nichts lernt". Geschichte wiederholt sich nicht, auch nicht als Farce. Einmal gemachte Fehler lassen sich nicht wie bei einem naturwissenschaftlichen Experiment korrigieren. Aber vielleicht gibt es doch einige Erfahrungen aus der Geschichte, die man in der Gegenwart nutzen kann.

Verbreitet ist die Annahme, dass die faschistische Diktatur zu verhindern gewesen wäre, wenn KPD, SPD und Gewerkschaften 1933 zum Generalstreik aufgerufen hätten. Das ist durchaus denkbar, aber keineswegs sicher. Bei den Reichstagswahlen im November 1932 erreichten SPD und KPD mit zusammen 13,2 Millionen Wählerstimmen zwar einen Anteil von über 37 Prozent. Dem stand aber mit den 11,7 Millionen Stimmen der NSDAP (33,1 Prozent) und den 2,9 Millionen Stimmen (8,6 Prozent) der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) eine Mehrheit von 41,7 Prozent der beiden Parteien gegenüber, die 1933 die Regierung bildeten. Immerhin ist es ungefährlicher, bei geheimen Wahlen in der Kabine eine Entscheidung zu treffen, als durch die Teilnahme an einem Streik den Arbeitsplatz zu verlieren oder bei einer Demonstration dem Terror der SA-Schlägertrupps zum Opfer zu fallen.

Sicher trugen die Kommunisten durch die Diffamierung der Sozialdemokraten als Sozialfaschisten eine Mitschuld daran, dass die Errichtung der faschistischen Diktatur möglich wurde. Allerdings zahlten die führenden Sozialdemokraten und ihre Presse mit gleicher Münze heim, wenn man nur an das beim BVG-Streik im November 1932 gebrauchte Schimpfwort von der "faschistisch-bolschewistischen Gesellschaft" denkt. Das war ebenso wenig geeignet, eine antifaschistische Einheitsfront herzustellen.

Dass die KPD zum Generalstreik gegen die Hitlerregierung und auch gegen den Preußenschlag im Juli 1932 aufgerufen hat, ist Fakt. SPD und Gewerkschaften hätten das auch tun können, sogar unabhängig von der KPD, wie 1920 beim Kapp-Putsch. Damals zog die KPD nach. Die Sozialdemokraten wollten sich aber unbedingt an die parlamentarischen Gepflogenheiten halten und glaubten außerdem, Hitler werde bald abwirtschaften. Das war genau so eine Fehleinschätzung wie die Annahme der Kommunisten, die Herrschaft des Faschismus in Deutschland beschleunige den revolutionären Prozess.

Die Weimarer Republik ist nicht - wie heute immer wieder behauptet wird - von rechts und links, von Faschisten und Kommunisten, die zweifellos das bürgerlich-parlamentarische System ablehnten, zu Fall gebracht worden. Selbstverständlich sind in besonderem Maße die Mitglieder und Wähler der NSDAP schuldig an der Katastrophe von 1933. Außerdem bereiteten entschiedene Feinde der bürgerlichen Demokratie aus dem Lager der Großbourgeoisie bereits durch die Präsidialkabinette die Diktatur vor. Es war vor allem das deutsche Finanzkapital, das im Bedrohungsfall auch durch terroristische Methoden seine Herrschaft sichern wollte.

Nun wird richtig darauf hingewiesen, dass die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise nicht zu einer revolutionären Situation geführt hatte. Es wird auch behauptet, der Einfluss der KPD sei zurückgegangen. Das stimmte aber nur für die Betriebe. Kommunisten waren besonders in der Krise die ersten, die auf die Straße flogen. Doch zusammen über 13 Millionen Wählerstimmen für SPD und KPD bei den Reichstagswahlen im November 1932 konnten wohl schon für die Vertreter des Finanzkapitals bedrohlich erscheinen. Der Anteil an Wählerstimmen hatte sich auch noch zugunsten der KPD verschoben. Die NSDAP wurde nicht Regierungspartei, als sie im Juli 1932 mit 13 Millionen Wählerstimmen auf dem Höhepunkt ihres Masseneinflusses stand, sondern nachdem sie bei den Reichstagswahlen im November 1932 eingebrochen war, zwei Millionen Wähler verloren hatte und ihr Masseneinfluss weiter zu schwinden schien.

So hatten auch einige Vertreter des Finanzkapitals im November 1932 den Brief an Reichspräsident Hindenburg unterschrieben, in dem dieser aufgefordert wurde, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Nicht alle orientierten sich zu diesem Zeitpunkt schon auf Hitler und die NSDAP, sondern hatten auch andere diktatorische Lösungen zur Sicherung ihrer Herrschaft im

Auge, bei der die NSDAP zwar stärker herangezogen, aber nicht Regierungspartei werden sollte.

Wenn wir schon spekulativ fragen, ob die faschistische Diktatur hätte verhindert werden können, kann man auch die Frage stellen, ob das nicht eben auch durch eine andere Form der Diktatur des Großkapitals möglich gewesen wäre. Ihr Terror hätte sich allerdings genauso erbarmungslos gegen die Arbeiterbewegung und besonders die KPD gerichtet. Vielleicht wäre der Antisemitismus etwas abgeschwächt gewesen. Aber es ist wenig wahrscheinlich, dass diese Kräfte den Krieg um die Weltherrschaft nicht ausgelöst hätten. Vielleicht wären sie in der Lage gewesen, ein Bündnis mit den USA, Großbritannien, Frankreich, Japan und Polen gegen die UdSSR zustande zu bringen.

Die Entscheidung der SPD, Hindenburg 1932 zum Reichspräsidenten mitzuwählen, war ein schwerer Fehler. Doch auch ein anderer Präsident als der Erzmillarist und Kriegsverbrecher Hindenburg, der zur Schande Berlins immer noch Ehrenbürger der Stadt ist, hätte in dieser Situation nicht unbedingt anders gehandelt. Nach der Regierungsübertragung stellten sich auch andere Großkapitalisten, die das vorher nicht gewollt hatten, hinter die Naziregierung. Wenn man gegen den Faschismus Front machen will, muss man wissen, gegen wen sich diese Front richten soll. Was verstehen wir unter Faschismus? Was ist Faschismus an der Macht?

In dem Beschluss, den das XIII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Dezember 1933 in Moskau annahm, wurde der Faschismus an der Macht als "die offene Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals" bezeichnet. Georgi Dimitroff übernahm diese Definition 1935 in seinem Referat auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale. An der Erarbeitung des Beschlusses hatte er keinen Anteil, da er sich bekanntlich zu diesem Zeitpunkt in Deutschland in Haft befand. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass es sich um ein Zitat handelt. Trotzdem wird häufig von der Faschismus-Definition Dimitroffs gesprochen.¹

Für die Kommunisten bedeutete diese Einschätzung, dass sie ein breites Bündnis gegen den Faschismus eingehen, dass sie ihre Bündnispartner bis hinein in die Reihen der Großbourgeoisie wählen konnten. Sicher ist, dass nicht alle Seiten des Faschismus erfasst wurden, so zum Beispiel die Massenbasis, auf die sich die Nazis stützen konnten, oder die faschistischen Bewegungen und Diktaturen in anderen Ländern.

Kurt Pätzold stellte fest, dass durch diese Definition der Faschismus als spezifische Erscheinung des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus eingeordnet wurde, "als der entschiedene Versuch, eine historische Barriere gegen alle Kräfte zu errichten, die die Ausbeutergesellschaft überwinden wollten. Damit waren wesentliche Charakteristika des Systems richtig bestimmt." Als zutreffend sieht er auch die Feststellung an, dass die faschistische Staatsmacht nicht über den beiden Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft stand. Aber - so Kurt Pätzold - das faschistische Regime war weder *die* Macht des Finanzkapitals selbst noch eine von ihm abgehobene eigenständige Macht. "Das faschistische Regime besaß einen besonderen Charakter dadurch, dass der Staatsapparat einen ungleich höheren Grad von relativer Selbständigkeit gewann, als ihn alle kapitalistischen Regimes vordem aufzuweisen hatten. Was war - um es in zwei Namen zu fesseln - selbst die Machtfülle eines Bismarck verglichen mit Hitler."

Das ist einleuchtend. Die Naziführer konnten eigene Entscheidungen treffen, die nicht allen Vertretern des Finanzkapitals passten, und von denen nicht nur jüdische, sondern auch andere Kapitalisten betroffen waren. Kurt Pätzold hält nicht die Preisgabe, sondern die Ergänzung der sogenannten Dimitroff-Formel für erforderlich.²

Mit der "offenen Diktatur des Monopolkapitals" hatte ich immer meine Schwierigkeiten. Denn dann hätte es doch für alle offensichtlich sein müssen, dass es sich um eine Diktatur dieser Kräfte gehandelt hat, die nicht einfach so übersehen werden kann. Dimitroff hat sein Referat in Russisch gehalten. Ich habe mir überlegt, dass "Otkrytaja diktatura" auch mit "ungehinderter, unbeschränkter Diktatur" übersetzt werden könnte.³ Aber wahrscheinlich ist es so, dass die Komintern natürlich auch die Weimarer Republik so einschätzte, dass die gleichen Kräfte an der Macht waren wie nun im Faschismus, und sie es sich jetzt leisten konnten, auf die "parlamentarische Verbrämung" zu verzichten.

Es ist durchaus normal, dass es zu dieser auf dem VII. Weltkongress der Komintern vorgelegten Definition unterschiedliche Auffassungen gibt. Es verwundert selbstverständlich nicht,

dass Einschätzungen, die die Rolle des Großkapitals hervorheben, von Anfang an auf den Widerstand der Großbourgeoisie und ihrer Ideologen stießen. Die faschistische Diktatur wird von ihnen als Herrschaft des Kleinbürgertums bezeichnet, als Diktatur der Nazi-Partei oder sogar nur eines Mannes, Adolf Hitler, auf den immer wieder Bezug genommen wird. Obwohl auch nichtmarxistische Historiker die Rolle des Finanzkapitals beim Zustandekommen und der Festigung der Hitler-Regierung akzeptieren, wird zum Beispiel in dem im Bertelsmann Lexikon Verlag herausgegebenen "Lexikon der Geschichte" der Faschismus als ein politisches System definiert, das gekennzeichnet ist durch "antiparlamentarische, oft antisemitische totalitäre Führerstaatstendenzen und sich vielfach einer sozialrevolutionären Ausdrucksweise bedient". Immerhin steht in diesem Lexikon aber noch, dass der an die Macht gekommene Faschismus die bestehende Gesellschaftsordnung grundsätzlich unangetastet ließ. Von der Verantwortung des Großkapitals für die Errichtung und Festigung der faschistischen Diktatur, für den Terror gegen Antifaschisten, für Rassismus und Antisemitismus, für die Entfesselung des Weltkrieges und den millionenfachen Völkermord ist natürlich in diesem Lexikon nicht die Rede. Es wird noch nicht einmal erwähnt, dass Konzerne und Großbanken davon profitierten. Der herrschende Faschismus "suchte eben nur den Ausgleich mit dem Großkapital, während er demokratisch-unabhängige Arbeiterorganisationen" zerstörte, beziehungsweise verbot.⁴

Werner Erdner aus Hamburg ging in der Dezember-Ausgabe 2011 des "RotFuchs" auf den Artikel von Götz Dieckmann "Faschismus als Bewegung und an der Macht" ein, in dem dieser von den "Sturmangriffen" schrieb, denen Dimitroffs Bestimmung des Klassencharakters der faschistischen Diktatur heute ausgesetzt ist. Und Erdner erklärte auch, warum das so ist: "Nichts ist schlimmer für das Monopolkapital, als der Nachweis seiner Verantwortung für das Grauen." Längst werde der Faschismus an der Macht nicht mehr nur in eine "Diktatur wildgewordener Kleinbürger" umgelogen, stellte Erdner fest. Heute würde er sogar als eine "antikapitalistische Revolte von unten" gesehen, als ein "barbarischer Rachefeldzug der Zukurzgekommenen gegen individuelles Glück, Schönheit und Emanzipation". Erdner wies darauf hin, dass jene, die solchem Unsinn das Wort reden, nicht etwa nur Lohnschreiber der Bourgeoisie sind, sondern auch in den Reihen der Linkspartei, der Antifa und an den Universitäten sitzen. Er zitierte aus dem Aufsatz von Mathias Wörsching "Leistungen und Fehlleistungen marxistischer Faschismustheorien aus heutiger Sicht", der im Rundbrief 1/2009 der Bundesarbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE erschienen ist.⁵

Wörsching meint, dass die marxistische Faschismustheorie fehl geht. Doch genau das behaupte ich von seinen Auffassungen. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, auf alle "Fehlleistungen" Wörschings einzugehen. Er schreibt zum Beispiel: "Dass die marxistischen Faschismustheorien den ihrer Meinung nach bürgerlichen Klassencharakter des Faschismus derart stark betonten, war keineswegs nur dem marxistischen Interesse an der Delegitimation der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geschuldet. Vielmehr spiegelte sich darin eine historische Erfahrung. Wo die Faschisten tatsächlich die Staatsmacht besetzen konnten, gelang ihnen dies nur im Bündnis mit traditionellen Führungsgruppen - wichtigen Teilen des Großkapitals, der hohen Bürokratie, der Militärführung, des Adels und des hohen Klerus - oder zumindest mit deren Duldung." Da bleibt dann natürlich offen, wer denn nun diese Faschisten waren, die die Staatsmacht besetzten: Hitler und seine Führungsclique, die gesamte NSDAP und deren Anhänger? Teile des Großkapitals waren laut Wörsching ja nur Verbündete. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung darf also nicht delegitimiert werden, der Faschismus nicht als besonders schlimme Ausgeburt dieses barbarischen Systems charakterisiert werden. Selbstverständlich tragen die Großgrundbesitzer, die Wörsching wahrscheinlich mit dem Adel meint, die Militärführung, die höhere Bürokratie und der hohe Klerus Mitverantwortung für die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland. Wörsching zitiert den US-amerikanischen Historiker Henry Ashby Turner, der schrieb: "Entspricht die weit verbreitete Ansicht, dass der Faschismus ein Produkt des modernen Kapitalismus ist, den Tatsachen, dann ist dieses System kaum zu verteidigen. Ist diese Meinung jedoch falsch, dann ist es auch die Voraussetzung, auf der die Einstellung vieler Menschen [...] zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung beruht." Auf die Idee, dass diese Ansicht richtig ist, und das kapitalistische System nicht zu verteidigen ist, kommen offensichtlich weder Turner noch Wörsching.

Dieser polemisiert zwar pausenlos gegen die von ihm als "Dogmen der stalinisierten Kommunistischen Internationale, als orthodoxe Agententheorie" bezeichnete Einschätzung, die Ge-

orgi Dimitroff auf dem VII. Weltkongress 1935 vortrug. Doch er zitiert nicht vollständig, und in dem relativ umfangreichen Anmerkungsapparat tauchen Dokumente der Kommunistischen Internationale überhaupt nicht auf. Zitiert wird nach Nolte, Opitz, Wippermann und anderen.⁶

Als eine der Lehren der Geschichte wurde nach 1945 immer wieder betont, dass alles getan werden müsse, um für die Zukunft das erneute Zustandekommen einer faschistischen Diktatur zu verhindern. Diese Lehre wurde im Osten Deutschlands vor allem durch die Entmachtung des Monopolkapitals und des Großgrundbesitzes gezogen. Es gab weitere Maßnahmen, zum Beispiel in der Justiz und im Bildungswesen. Antifaschismus wurde nicht verordnet, aber Faschismus war verboten.

Im Westen blieben die alten Machtverhältnisse erhalten. In Hessen wurde die Durchsetzung des Volksentscheids bekanntlich verboten. 26 Bundesminister, ein Bundeskanzler und ein Bundespräsident hatten bis 1945 eine Biografie als NS-Parteigenossen. 1955 waren 77 Prozent der Beamten des Bundesverteidigungsministeriums Altnazis, im Wirtschaftsministerium waren es 68, im Bundespresseamt 58 Prozent.⁷ Doch auch wenn es in der Politik, der Wirtschaft, der Armee, der Justiz, im Bildungswesen und in anderen Bereichen personell eine vielfache Kontinuität gab, ist es selbstverständlich falsch, die Herrschaftsform der BRD als faschistisch zu bezeichnen. Und auch die Mauer war kein "antifaschistischer Schutzwall". Das hatte mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Niemandem in der SED ist aber nach 1945 eingefallen, Sozialdemokraten wieder als Sozialfaschisten zu verunglimpfen. Es blieb den Sozialdemokraten Kurt Schumachers vorbehalten, das böartige Wort von den "rotlackierten Faschisten" zu gebrauchen.

Eine Frage ist immer wieder, unter welchen Bedingungen die Linkspartei ein Bündnis mit der SPD eingehen kann. Stefan Liebich schrieb, dass sich seine Enttäuschung über die Schröder-Fischer-Regierung in Grenzen hielt.⁸ Ich war überhaupt nicht enttäuscht, weil ich nichts Positives erwartet hatte. Allerdings war ich dann doch entsetzt, was dieser "Politikwechsel" uns gebracht hat. Erstmals beteiligte sich die Bundeswehr an Aggressionskriegen, und es wurde der bis dahin größte soziale Kahlschlag eingeleitet. Diese Politik wird von der jetzigen Regierung gnadenlos fortgesetzt. SPD und Grüne könnten nur dann Koalitionspartner für die Linkspartei sein, wenn sie nicht nur sofort die Truppen aus Afghanistan zurückziehen, sondern grundsätzlich auf alle Auslandseinsätze der Bundeswehr verzichten, wenn sie jeden Rüstungsexport verbieten, wenn sie den Milliarden-Rettungsschirm für Banker in einen Rettungsschirm für die sozial Benachteiligten umwandeln und wenn sie die flächendeckende Überwachung der Bürger beenden.

Gegen Neofaschisten ist aber eine Zusammenarbeit mit anderen Kräften bis hin zur CSU notwendig, auch wenn die Bereitschaft, die V-Leute aus der NPD zurückzuziehen, nur halbherzig ist. Ein Verbot der NPD und anderer neofaschistischer Parteien und Organisationen ist unbedingt erforderlich. Allein die Zulassung der NPD war schon ein Skandal. In der DDR wäre das unvorstellbar gewesen. Die NPD darf nicht mehr aus Steuermitteln gefördert werden, Antifaschisten müssen durch die Polizei vor Faschisten geschützt werden und nicht umgekehrt. Die Gesetze lassen Demonstrationen von neofaschistischen Gruppierungen zu, solange sie nicht verboten sind. Aber heißt das auch, dass die Polizei den braunen Horden die Straße frei prügeln muss? Wer heute bei Naziaufmärschen die gewünschte Zivilcourage zeigt, bekommt Ärger mit den Gerichten.

Besorgniserregend ist gegenwärtig die Entwicklung faschistischer Kräfte in den baltischen Staaten, in Ungarn und in anderen Ländern. Auch in Deutschland darf die Gefahr nicht unterschätzt werden. Aktuell droht meines Erachtens aber hier nicht die Gefahr, dass eine faschistische Diktatur errichtet wird. Die NPD verfügt zurzeit ebenso wenig wie andere neofaschistische Parteien über geeignetes Personal, was allerdings für den größten Teil der gegenwärtigen FDP-Regierungsmannschaft ebenfalls zutrifft. Die Herrschaft des Finanzkapitals wird in Deutschland durch das parlamentarische System voll gesichert. Da macht es keinen prinzipiellen Unterschied, ob CDU, CSU und FDP regieren oder die SPD zusammen mit der CDU oder den Grünen.

Die Geschichte hat gezeigt, dass Krisen des Kapitalismus wie die von 1929 nicht zu einer revolutionären Situation führen müssen, sondern im Gegenteil den Aufstieg rechtsextremistischer Kräfte fördern können. Die jetzige Krise hat aus meiner Sicht viel gewaltigere Ausmaße als die von 1929. Sie kann nicht überwunden werden. Der Kapitalismus steht am Abgrund.

Doch es gibt weltweit gegenwärtig keine Kraft, die ihn dort hinunterstürzen und an seiner Stelle ein neues friedliches und sozial gerechtes System errichten könnte.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 5. Von Januar 1933 bis Mai 1945, Berlin 1966, S. 47, 55; Kurt Pätzold, Die "Dimitroff-Formel". Zur Geschichte, Wirkung und Kritik einer Definition vom Faschismus an der Macht, in: Neues Deutschland vom 30./31. Januar 1993, S. 13.
- 2 Vgl. Kurt Pätzold, Die Faschismus-Definition der Komintern 1933/35, in: Marxistische Blätter, Heft 5, 1995, S. 61 f., 67; ders., Die Gegenrevolution. Thesen zur Analyse des historischen Faschismus, in: antifa, November/Dezember 2010, These 14.
- 3 Vgl. Slovar' russkogo jazyka v četyrech tomach, tom II, K - O, Moskva 1958, S. 938 f.
- 4 Vgl. Lexikon der Geschichte. Aktualisierte Sonderausgabe für Orbis Verlag, Niedernhausen 2001, S. 236.
- 5 Vgl. Werner Erdner, Nebelwerfer in Aktion. Die Mär vom Faschismus als einer "antikapitalistischen Revolution", in RotFuchs, Nr. 167, Dezember 2011, S. 8.
- 6 Vgl. Matthias Wörsching, Leistungen und Fehlleistungen marxistischer Faschismustheorie aus heutiger Sicht. Einige Vorüberlegungen für eine neue materialistische allgemeine Theorie des Faschismus, in: Rundbrief 1/09 AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE. Globalisierung, Wirtschaftskrise, Rechtsextremismus, S. 60 - 67.
- 7 Vgl. Ernst Röhl, Wörtliche Betäubung. Außer Thesen nix gewesen, in: Eulenspiegel, Nr. 2/2012, S. 12.
- 8 Vgl. Rot-Rot-Grün - Machtoption oder Hirngespinnst, in: Neues Deutschland vom 17./18. März 2012.

Generalmajor a. D. Hans-Werner Deim

Militärpolitische Akzente des Kalten Krieges und sein deutscher Schauplatz¹

Die Bürger, Gesellschaften und Staaten brauchen für ihre Entwicklungs- und Zukunftspläne geschichtliche Orientierungs- und Richtpunkte. Fehldeutungen und Fälschungen historischer Prozesse können die Wegweisung nur behindern. Daher ist es eine ständige Anforderung an die politisch engagierten Bürger, die Aspekte der jüngsten Geschichte unverfälscht im Auge zu behalten, die ihre eigene Vergangenheit bestimmen. Meinen Blick zurück widme ich dem Kalten Krieg und verbinde ihn mit der heutigen NATO als einem unnötigen Überbleibsel des Kalten Krieges. Meine Erwägungen sind wie folgt gegliedert:

1. Die Hintergründe der Herausbildung des regionalen und globalen Konfliktfeldes in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts
2. Der Kalte Krieg in der Geschichte der internationalen Beziehungen
3. Der Kalte Krieg und seine Etappen
4. Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Militärblöcke
5. Streitkräfte auf den Territorien beider deutscher Staaten
6. Gründe der neuen Militärdoktrin des Warschauer Vertrages seit 1987
7. Nachbemerkungen

Zu den Hintergründen der Herausbildung des Konfliktfeldes in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts

Die zeitlichen und räumlichen Zusammenhänge der Geschichte und in der Geschichte verdeutlichen vor allem ihre Brüche. Dafür erbringen die beiden deutschen Nachkriegsstaaten einen überzeugenden Beweis. Die Teilung des Territoriums und der Staatlichkeit der Deutschen ist das Ergebnis eines langen geschichtlichen Weges. Das anzuerkennen bedeutet, Geschichte den Maßstab zu geben, der das Klein-Klein verdrängt.

Die in die moderne Zeit führenden wichtigsten Brüche vollzieht der aus englischen Fabriken und Werken im 17. und 18. Jahrhundert einsetzende Warenstrom. Er durchbricht die Tore und Zäune der Königshöfe, der feudalen Schlösser und überwindet die Mauern der Bastille. Die sich an den Sprüngen der Entwicklung der Technik und der Ausbeutung der niederen Schichten bereichernde Klasse nimmt raumgreifenden Kurs. Er trägt maßgeblich dazu bei, dass die

Welt des sich entwickelnden Kapitalismus in sein europäisches Zentrum und seine außereuropäische Peripherie geteilt wird.

Die kapitalistischen Hauptakteure sind bis auf den heutigen Tag die Finanzoligarchen. Sie waren und sind die geheimen Drahtzieher der Weltpolitik. Sie erfinden im 20. Jahrhundert drei großmaßstäbige Kriege als zwei heiße und einen kalten. Sie funktionieren zahlreiche Revolutionen um. Gegenwärtig basteln sie an dem großen verdeckten Krieg, mit dem gegnerische Staaten nicht von Waffen und Streitkräften zerschlagen und okkupiert, sondern durch das Lösen aller sie aufrechterhaltenden informationellen, ideologischen und sozialen Bolzen und Schrauben zu lebensunfähigen Missbildungen verwandelt werden sollen.

Mit dem ersten Weltkrieg beseitigen sie die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Störfriede aus der vorbourgeoisen Welt, die monarchischen Herrschaftshäuser und Imperien der Deutschen, Habsburger, Russen und Osmanen. Die geheimen Drahtzieher kappen ihre Verbindungen zum Haus der Windsor nicht und lassen sie noch vier Jahrzehnte unangetastet und auch danach weiter kräftig am Umbau der Welt mitwirken, als sei der Bedarf an einem New British Empire ungebrochen. Durch die überzogen probritische Haltung des Ministerpräsidenten Cameron wird das bestätigt!

Mit dem Zweiten Weltkrieg erreichen die geheimen Drahtzieher nur die Hälfte ihrer Zielstellungen. Nazideutschland wird gerichtet. Die UdSSR kann nicht zerschlagen werden, sondern blüht auf.

Im Ergebnis des Dritten Weltordnungskrieges, des Kalten Krieges, zerfallen die UdSSR und die Warschauer Vertragsorganisation. Trotz des dafür betriebenen Aufwandes können die USA als maßgebliches Werkzeug der geheimen Drahtzieher die Dominanz in und über den eurasischen Doppelkontinent, wie sie glauben, der Quelle und Garantie ihrer Zukunft, in nicht ausreichendem Maße zementieren.

Daran wirken sie gegenwärtig. Sie bieten dafür alles auf: Lug und Betrug, Intrigen und Verrat, handlungsbereite Streitkräfte und einsatzfähige Großwaffensysteme. Für letztere aber bieten sich trotz der wachsenden Häufigkeit ihrer begrenzten Anwendung immer weniger Möglichkeiten, globalen Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen.

Um die Vorstellungen aufzufrischen, wie die geheimen Drahtzieher Weltpolitik unter den Bedingungen der Einschränkung des Gewichts der Kampfformen heißer Krieg und bewaffneter Kampf gestalten könnten, ist es angebracht, den militärpolitischen Prozess zu analysieren, dem die Welt nach dem Zweiten Weltkrieg ausgesetzt war.

Zum Kalten Krieg in der Geschichte der internationalen Beziehungen

Der Kalte Krieg ist ein problemreicher Abschnitt des Entwicklungsprozesses der menschlichen Gesellschaft in der neuesten Zeit. Dieser Abschnitt ist identisch mit der *Potsdamer Epoche* der internationalen Beziehungen, des vierten der sechs Entwicklungsabschnitte der Weltpolitik in den letzten 400 Jahren der Weltgeschichte. Diese Epochen folgen aufeinander als Aktionszeiträume zur Durchsetzung der Hoffnungen, Ideen und Pläne der geschichtsgestaltenden Gesellschaftskräfte. Für den dafür erforderlichen Kampf schaffen sie entsprechende Kraftfelder, Kräftebalancen, Einflussphären und Grenzen. Was heute in den Weltregionen vor sich geht, ist die Vorbereitung der neuen Kämpfe in der Zukunft.

Dem Kalten Krieg gingen drei Epochen voraus: Die *Westfälische Epoche* nach dem Dreißigjährigen Krieg mit der Welt und den Auseinandersetzungen der Nationalstaaten. Die *Wiener Epoche* nach den Napoleonischen und Befreiungskriegen mit dem imperialen Prinzip der Kontrolle des geografischen Raumes. Die *Versailler Epoche* mit dem Ersten Weltkrieg als erster, aber gescheiterter Versuch, die Vorherrschaft des British Empire durch Deutschland oder die USA abzulösen.

Ihnen folgt nach dem Zweiten Weltkrieg die *Potsdamer Epoche*, in der die USA im Westen die Briten in der Vorherrschaft ablösen und mit ihrer Frontstellung gegen die UdSSR als bedrohlichstem Gegner die globalen Führungsansprüche bekräftigen. Das führt zum bipolaren Weltmodell, dem Kalten Krieg sowie zur Gründung der DDR und ihrem Engagement in der europäischen und Weltpolitik.

Nachfolger der Potsdamer Epoche werden bisher zwei weitere: Die *Belowesher Epoche* nach dem einseitigen Abbruch der Teilnahme der UdSSR und des Warschauer Vertrages am

Kalten Krieg und der Kapitulation der UdSSR vor dem Westen mit der Unterzeichnung des Vertrages über ihre Auflösung durch die Repräsentanten Russlands, der Ukraine und Belorusslands. Die *Washingtoner Epoche*, mit der die USA die Nichthinnahme der Konkurrenzambitionen und -fähigkeiten Chinas, Indiens und der neuen postsowjetischen bürgerlichen Staaten bekräftigen.

Die Kraftfelder oder Epochen konfigurierten sich im Ergebnis großmaßstäbiger Regional- und Weltkriege. Die Friedensschlüsse ordneten Siegern und Besiegten ihre Rollen in der Nachkriegswelt zu. Danach wurden Kriege angeheizt, wenn die Bekräftigung, Neuverteilung oder Umverteilung der Rollen für erforderlich gehalten wurde. Die nächste Epoche kann die *Pekinger* sein, wenn die Herausforderungen Chinas durch die USA eine gebührende Abfuhr erhalten.

Zum Kalten Krieg und seinen Etappen

Wie die USA auf Empfehlung oder Geheiß der geheimen Drahtzieher der Weltpolitik den Kalten Krieg gestalteten, bekräftigt die Einschätzung, dass er nicht nur der 3. Weltordnungskrieg des 20. Jahrhunderts, sondern der erste globale Krieg der Welten und Systeme war. In den dem Kalten Krieg vorausgegangenen regionalen und Weltkriegen (Dreißigjähriger, Siebenjähriger, Napoleonische, Erster und Zweiter Weltkrieg) wurde die Frage entschieden, welches Land Führungsmacht des vorkapitalistischen und des kapitalistischen Systems wird. Der Kalte Krieg wurde nicht um die Hegemonie im kapitalistischen System geführt. Er war die Auseinandersetzung zwischen dem Kapitalismus und dem mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten System gewordenen Antikapitalismus.

Ein tieferer Blick in die Geschichte belegt, dass die mit dem Kalten Krieg zutage getretenen Zusammenhänge nicht erst seit der Oktoberrevolution und dem Sieg über den Faschismus wirkten. Seit der Niederlage Napoleons wurden sie bis zum Ersten Weltkrieg als das *Große Spiel (great game)* der Briten bezeichnet. Diese warfen Russland vor, den Einfall in Indien vorzubereiten. Sie bemühten sich um entsprechende eurasische Gegenfronten. Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen die USA mit der Führungsrolle auch diese britischen Erfahrungen. Die USA beschuldigten die Sowjetunion, Westeuropa als Brückenkopf für ihre globalen Expansionsgelüste überwältigen und in Besitz nehmen zu wollen. Die USA fuhren gegen diesen teuflischen Feind alles Erdenkbare auf.

Gegen das antikapitalistische System verschwor sich die ganze kapitalistische Welt. Der Sozialismus sollte beseitigt und der kapitalistischen Restauration unterworfen werden. Bis zuletzt stand unter allen Kampfformen der bewaffnete Kampf hoch im Kurs. Der Kapitalismus gab sich nicht mit der Verteidigung zufrieden. Sie kann den Gegner und Feind im besten Falle nur schwächen. Das kapitalistische System setzte von vornherein auf die effektivste Handlungsart und -form, die Offensive, den Angriff.

Die Streitkräfte des realen Sozialismus, die Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages, hatten sich darauf vorzubereiten und ständig in der Lage zu sein, ihre Länder vor der Inbesitznahme durch die westlichen Hauptmächte zu bewahren. Die dafür geschaffenen Voraussetzungen und erbrachten Leistungen verliehen der Welt nahezu fantastische Stabilität. Sie wird es sicher so nicht mehr geben!

Die Weltbürger erfuhren, dass der Kapitalismus durch Kriegshandlungen seine Herrschaft erweitern will, dass der Sozialismus die Kriegstreiber bändigen kann und damit mit dem Frieden eine Einheit bildet. Das galt entsprechend auch für die beiden deutschen Staaten. Die USA und die NATO planten den heißen Krieg gegen die UdSSR und deren Verbündete. In den Jahren 1946 bis 1949 entstanden 13 Kriegspläne (mit den Decknamen *Pintscher* bis *Dropshot*). Ihr Herzstück waren die Schläge mit Atom- und konventionellen Bomben der Fliegerkräfte von ihren Basen in Großbritannien, Italien, Ägypten, der Türkei, Indien und China.

Seit dem Bruch des US-Kernwaffenmonopols (1949) fiel es den US-Strategen sehr schwer einzusehen, dass der heiße Krieg nun dem Selbstmord gleichkommt. Eigentlich begann der Kalte Krieg mit der Vertiefung dieser Einsicht (also ab 1949, nicht 1946). Sie fand ihren Ausdruck in den nun bevorzugten Inhalten und Formen der Konfrontation:

- Örtliche Anwendung und großmaßstäbige Androhung militärischer Stärke und Gewalt in den internationalen Beziehungen

- Streben nach Diktat
- Höchstmögliche Aufrüstung und Kriegsvorbereitung
- Ständige Erhöhung der Militärausgaben
- Schaffung von Militärblöcken
- Provokation von internationalen Krisen
- Entfaltung von Militärbasen im Ausland
- Kappung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Staaten der Blöcke.

Wesentliche Momente dieser Handlungsformen könnten im weitesten Sinne zeitlich und räumlich als Etappen des Kalten Krieges angesehen werden. Aus militärpolitischen und -strategischen Gesichtspunkten aber ergeben sich folgende fünf Etappen des Kalten Krieges:

Die *1. Etappe des Kalten Krieges von 1946 bis 1953* wurde vom Bestehen beider Konfliktseiten geprägt, im Zweiten Weltkrieg gewonnene Positionen bei Konzentration der Hauptanstrengungen auf Europa zu festigen. Die Neuaufstellung der militärpolitischen Kräfte in der Welt schuf eine neue globale Gegnerlage. Der Überlegenheit der USA im Kernwaffenbereich wurden seitens der UdSSR und ihrer Verbündeten respekteinflößende Vorteile bei konventionellen Waffensystemen entgegen gestellt. Wie in den USA und den anderen NATO-Ländern wurden auch in der UdSSR effektivere Formen der Lösung strategischer Aufgaben auf den kontinentalen Kriegsschauplätzen erarbeitet und angeeignet. Der Schutz und die Verteidigung der wichtigsten Objekte der Länder wurden vervollkommen. Dennoch blieben in prinzipiellen Fragen die Ansichten und strategischen Festlegungen in Kraft, mit denen die UdSSR den Sieg im Kriege errungen hatte.

Als die Kernwaffe noch praktischen Kriegswert zu haben schien, bestimmte sie den militärpolitischen Inhalt der nächstfolgenden zwei Etappen:

Die *2. Etappe des Kalten Krieges von 1954 bis 1960* kennzeichneten verstärkte Auseinandersetzungen zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag, die zu Krisensituationen auch in außereuropäischen Regionen führten. Das Geschehen in und um Berlin, Budapest, Kairo und Tel Aviv war mit der Gefahr von globalen Kriegen verbunden. Militärtechnisch wird die Massenausstattung der Streitkräfte mit Kernwaffen in Angriff genommen. Gleichzeitig werden vervollkommnete konventionelle Waffensystem eingeführt. In dieser Etappe entstehen auf beiden Konfliktseiten die Strategien der Durchführung des Kernwaffenkrieges auf den kontinentalen und ozeanischen Kriegsschauplätzen.

Die *3. Etappe des Kalten Krieges von 1961 bis 1970* prägten Lagezuspitzungen und akute Krisen an der Schwelle zum globalen Krieg. Besonders offenkundig wurde das bei den Auseinandersetzungen im Zentrum Europas, in Berlin, und im karibischen Raum. Es trat eine extreme Eskalation der militärischen Konfrontation ein. Zudem verschlechterten sich die Beziehungen der Warschauer Vertragsstaaten zu China bis zur Gegner- und Feindschaft. Diese Etappe ist in der UdSSR der Entwicklung der strategischen Kernwaffenkräfte, besonders ihres Kerns, der Raketentruppen strategischer Bestimmung, gewidmet. Mit ihnen wird der Weltfrieden gesichert. Die beiden Supermächte formieren ihre neuen globalen Militärkonzeptionen, die Strategien des unbegrenzten Raketen-Kernwaffen-Krieges. Die sich aus ihnen ergebenden großmaßstäbigen strategischen Operationen würden alle Kontinente und Ozeane sowie den erdnahen Luft- und kosmischen Raum erfassen.

Als die Kernwaffe durch die erst spät erkannte existentielle Bedrohung der Natur und der Menschheit ihren Kriegsgebrauchswert verlor, nur noch ein virtuelles Kriegswerkzeug sein konnte und durfte, trat der Kalte Krieg in seine letzten beiden Etappen:

Die *4. Etappe des Kalten Krieges von 1971 bis 1980* bestimmte das Ringen um die Gewinnung und Aufrechterhaltung der geo- und militärstrategischen Stabilität. Das Gleichgewicht erwies sich als wichtigster globaler und regionaler Stabilitätsfaktor. In dieser Etappe änderten sich die Formen der militärpolitischen Auseinandersetzungen wesentlich. Die existentiellen Gefahren des Kernwaffeneinsatzes für beide Seiten erzwangen neuartige Problemlösungen. Das betraf u. a. die Begrenzung einiger strategischer Waffensysteme und weitere Maßnahmen zur Verhinderung des Kernwaffen-Duells. Die mehrfache Erhöhung des strategischen Potentials, das mit den Präzisionswaffensystemen nun auch konventionelle Großwaffensysteme einschloss, erforderte und ließ neue Varianten des bewaffneten Kampfes zu. Das führte zur Strategie seiner Durchführung nach Etappen. Die Generalstäbe erarbeiteten variantenreiche

Einsatzpläne. Sie sahen den schrittweisen Übergang zum aufeinanderfolgenden Einsatz von Waffen mit wachsender Vernichtungskraft und Effektivität vor.

Die abschließende *5. Etappe des Kalten Krieges von 1981 bis 1991* wurde von Auseinandersetzungen widersprüchlicher Tendenzen und dem Nebeneinander stabilisierender und destabilisierender Faktoren charakterisiert. Die USA und ihre Verbündeten schlugen aus ihnen, u. a. aus der Zurückhaltung des Ostens, das größte Kapital und schmückten sich seit 1991 mit dem Kranz des historischen Siegers. Entspannungsphasen lösten in dieser Etappe Spannungsphasen ab. Militärtechnisch wurde der Wettbewerb neuer Technologien mit gelenkten konventionellen Präzisionswaffen forciert. Für die Bedingungen von Kampfhandlungen mit dem Einsatz der Kernwaffen oder nur konventioneller Waffen waren nun fast gleiche qualitative Möglichkeiten gegeben: garantierte Vernichtung der wichtigsten Zielobjekte in einem umfangreichen Handlungsraum sowie zuverlässige Aufgabenerfüllung in kürzester Zeit. Daraus ergab sich die Strategie der gleichen Bereitschaft, den bewaffneten Kampf mit und ohne Einsatz der Kernwaffen durchzuführen. Die Strategie kennzeichneten neue Einsatzformen und die Absicht, den Gegner mit Mitteln, die seinen adäquat waren, im Ergebnis von Begegnungs- und Antwortschlägen abzuweisen.

1987 entschlossen sich die UdSSR und ihre Verbündeten, ihre Militärdoktrin und -strategie zu erneuern. In der Anfangsperiode des Krieges sollten auf allen vom Feind in Mitleidenschaft gezogenen Regionen und Schauplätzen die Truppen, Kräfte und Mittel zur strategischen Verteidigung übergehen. Verteidigung ermöglicht in der kaum überschaubaren Lage des Aggressionsbeginns größere Übersichtlichkeit, schnellere und zielgerichtete Einflussnahme auf den Verlauf der Kampfhandlungen sowie eine zuverlässigere Führbarkeit der Streitkräfte.

Zu den Unterschieden und Gemeinsamkeiten der Militärblöcke

Zu den wichtigsten Unterschieden gehören folgende Gegebenheiten:

Erstens erhielt die NATO mit ihrer Gründung (1949) weitreichende geopolitische Aufgaben. Ihre Erfüllung sollte maßgeblich zur Restauration des Kapitalismus in den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft beitragen. Die von den NATO-Streitkräften anfangs wahrzunehmenden geostrategischen Aufgabenstellungen stellten Teilaufgaben zur Erreichung des geopolitischen Hauptzieles dar. Diese Aufgaben wurden erst zu Beginn der 60er Jahre Vorrangaufgaben. Unter allen Bedingungen bestand die Aufgabe Nr. 1 darin, die Verbindung der USA mit Westeuropa ständig zu festigen.

Der Warschauer Vertrag (1955) orientierte sich dagegen von vornherein auf den Schutz vor dem Aggressor und die Verteidigung der sozialistischen Projekte und Errungenschaften. Die Inhalte und Richtungen der Entwicklung der Systeme der Landesverteidigung ergaben sich aus der militärstrategischen Bestimmung der Territorien und Streitkräfte der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages.

Zweitens erdachten also Geopolitiker die NATO. Ihre Hauptachse sahen sie vorerst nicht so sehr in der militärischen Stärke, sondern besonders in der Ideologie. Die über die NATO herbeizuführende Annäherung der USA an Westeuropa ergab sich anfangs eigentlich nicht zwingend aus der Bedrohung durch die UdSSR. Es waren vorrangig die Nachkriegsprobleme der westlichen Welt, die für ihre Lösung ein universelles Instrumentarium der "flexiblen Reaktion" verlangten. Die NATO war anfangs nur einer der Beiträge für dieses System. Der Begriff "flexible Reaktion" fand offiziell zur Kennzeichnung einer neuen Strategie der USA 1961 und der NATO 1967 Anwendung. Die vorrangigen Nachkriegsprobleme betrafen:

- Handelsbeschränkungen
- Drohendes ökonomisches und soziales Chaos
- Nicht auszuschließenden Zusammenbruch des Finanzsystems
- Versorgungsmängel
- Ineffektive Transportsysteme sowie
- Enttäuschung der Völker über unzureichende Tatkraft der Regierenden.

Den Warschauer Vertrag initiierten dagegen maßgeblich sowjetische Militärstrategen. Die Zwänge möglicher militärischer Auseinandersetzungen erlegten den Streitkräften der verbündeten Länder auf, gemeinsam und einheitlich nach einem Willen, einer Idee und einem Gesamtplan den Verteidigungsauftrag zu erfüllen. Der Ausweg aus der Ansammlung von Einzel-

verträgen zwischen sieben bis acht Staaten waren die Koalition und Koalitionsgruppierungen unter einem operativ-strategischen Kommando.

Drittens spiegeln sich diese Unterschiede in der Entstehungsgeschichte und Tätigkeitspraxis der Führungsstrukturen beider Militärblöcke wider. Die Führung der NATO bedient sich wegen der Komplexität der geopolitischen Hauptaufgabe auch einer komplexen zivilen und militärischen Struktur. Ihre Hauptglieder sind zwei eng zusammenarbeitende Stabsorgane: der zivile Internationale Stab der NATO sowie der Internationale Militärstab. Sie stützen sich auf entwickelte Planungs-, Verwaltungs- und Haushaltsorgane sowie Dienststellen zur Koordinierung der Arbeit in bestimmten Fachbereichen.

Die zentralen Führungsorgane des Warschauer Vertrages weisen nicht diese Komplexität auf. Es gab für die politischen und militärischen Führungssäulen zwei Hauptfunktionen: umfassende Beratung der Sicherheitsprobleme und strikte Durchsetzung der politisch getroffenen Entscheidungen. Als politische Führungsorgane fungierten mit angemessener Kompetenz und Selbstbewusstsein: der Politisch-Beratende Ausschuss, das Vereinigte Sekretariat (1976) und das Komitee der Außenminister.

Militärische Führungsorgane waren: das Komitee der Verteidigungsminister, der Militärrat der Vereinten Streitkräfte und das Vereinte Kommando mit Stab und Militärtechnischem Komitee.

In Fragen der militärischen Entwicklung, Einsatzplanung und Ausbildungstätigkeit näherten sich die Standpunkte und Praktiken in beiden Blöcken durchaus einander an. In der intellektuellen Auseinandersetzung zu den die Militärs beider Seiten betreffenden objektiven Prozessen, darunter der Offenlegung der Gesetzmäßigkeiten, die den Verlauf und Ausgang des bewaffneten Kampfes bestimmen, bekamen die NATO-Militärs es mit einer für sie neuen Erkenntnis zu tun: im Unterschied zu vielen spontanen Prozessen, besonders in den antagonistischen Gesellschaften, sind der bewaffnete Kampf und Krieg regelbare, organisierbare und zielgerichtete Prozesse. Militärspezialisten der NATO mussten auf manche idealistischen Verdrehtheiten verzichten und Materialismus praktizieren. Das macht ihre Militärtheorie nicht durchweg wissenschaftlich, aber gibt ihr wissenschaftlichen Anstrich. Sie enthält durchaus zutreffende Grundsätze, aber auch zutiefst fehlerhafte und unrichtige. Das betrifft besonders die Ursachen von Kriegen, ihr Wesen und ihren sozialpolitischen Charakter.²

Anmerkungen

1 Einführungsvortrag in der Donnerstag-Veranstaltung des Arbeitskreises am 16. Februar 2012.

2 Fortsetzung und Schluss in Nr. 3, Juli 2012, der *Geschichtskorrespondenz*.

Einladung

In Berlin findet am

Sonnabend, dem 29. September 2012

eine **Konferenz** zum Thema

Sozialisten im Kampf um den Frieden
(100 Jahre nach dem Internationalen Sozialisten-
Kongress in Basel 1912)

statt. Zu ihr laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von **10.30** bis 18.00 Uhr.

Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*
 Hagenstr. 57
 (Nähe Regional-, S- und U-Bahnhof Berlin-Lichtenberg)

Vorträge:

Dr. sc. Robert Steigerwald (Eschborn)

Die internationale sozialistische Bewegung und der drohende Krieg

Dr. Peter Strutynski (Kassel)

Grundfragen des Kampfes um den Frieden heute

Arno Neuber (Ettlingen)

Arbeiterbewegung und Rüstungsproduktion

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung,
 für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574

Einladung

In Berlin findet am

Sonnabend, dem 9. Juni 2012

eine **Konferenz** zum Thema

Sozialismus in Deutschland?

60 Jahre nach der 2. Parteikonferenz der SED

Erfahrungen und Lehren

statt. Zu ihr laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von **10.30** bis 18.00 Uhr.

Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*
Hagenstr. 57
(Nähe Regional-, S- und U-Bahnhof Berlin-Lichtenberg)

Vorträge:

Prof. Dr. Günter Benser (Berlin)

Bedingungen und Erfordernisse des sozialistischen Entwicklungsweges in der DDR der 50er Jahre

Prof. Dr. Siegfried Prokop (Bernau)

Das Ringen um eine sozialistische Alternative in Deutschland. Erfolge und Defizite

Prof. Dr. Ekkehard Lieberam (Leipzig)

Theoretische Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der DDR

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung,
für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574